neue kritik

Februar 1964 D 7739 F

21

Edgar Weick Ostermarsch und Politik | Thomas von der Vring Probleme einer neuen sozialistischen Strategie | Fritz Lamm Der alte Marx und die neue Linke | Helmut Kentler Vom Lebensgenuß | Gerhard Leithäuser Aspekte der französischen Wirtschaftsplanung

Inhaltsverzeichnis

Edgar Weick	3	Ostermarsch und Politik
Thomas von der Vring	5	Probleme einer neuen sozialistischen Strategie
Fritz Lamm	16	Der alte Marx und die neue Linke
Helmut Kentler	24	Vom Lebensgenuß
Gerhard Leithäuser	26	Aspekte der französischen Wirtschaftsplanung
Gisela Burbach	29	Theologen in der Fabrik
Jürgen Seifert	31	Notstandsverfassung und Gewaltentrennung
	32	Ein Leserbrief
Gunter Wegeleben	33	Zeitschriftenhinweise

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 21, februar 1964, 5. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)
neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.
redaktion: thomas leithäuser (verantwortlich), manfred liebel, hans peter riesche, michael vester, gunter wegeleben
vertrieb: ulla gräning
anzeigenredaktion: edith jilek
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik.
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin.
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, hamburger allee 42
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich einer doppelnummer.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50 plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.
postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbH
umschlagentwurf: maria fraxedas

An die Leser

Edgar Weick, Referent für Abrüstung beim Bundesvorstand des SDS, will mit seiner scharfen Kritik nicht die Kampagne für Abrüstung entmutigen, sondern auffordern, ihre Position genauer zu bestimmen; er will zugleich die Mitglieder des SDS zu einer intensiveren Mitarbeit in der Abrüstungsbewegung aufrufen.

Mit den Artikeln von Thomas von der Vring, Fritz Lamm und Helmut Kentler beginnen wir die angekündigte Strategiediskussion. Wegen der Vielzahl und Länge der Beiträge ist die Redaktion von ihrem ursprünglichen Plan, das Strategieproblem nur in einer Nummer der nk zu behandeln, abgekommen. In den kommenden Nummern wird die Diskussion fortgesetzt.

Die nk erscheint seit einiger Zeit in verbesserter Aufmachung und von dieser Nummer an teilweise in vergrößertem Umfang und regelmäßig jeden zweiten Monat. Da sich zudem die Postgebühren verdoppelt haben, mußten wir die Einzel- und Abonnementspreise für Nichtstudenten erhöhen. Der neue Einzelpreis beträgt DM 1,50, für Studenten DM 1,—, das Jahresabonnement DM 10,— bzw. DM 7,—.

Die nk wird trotz allem ein Zuschußunternehmen bleiben. Alle Leser können helfen, daß die nk sich selber trägt, indem sie rechtzeitig ihre Abonnements bzw. Spendenabonnements bezahlen. Sie können außerdem ihre politischen und persönlichen Freunde auf die nk hinweisen und uns die Anschriften möglicher Bezieher nennen, denen wir Probeexemplare schicken sollen.

Die Redaktion

Ostermarsch und Politik

I Der Ostermarsch ist im Jahr 1963 in ein neues Stadium getreten. Zu diesem Schluß kam man bereits unmittelbar nach Ostern: die Zahl der Teilnehmer hatte in unerwartetem Maße zugenommen, zugenommen hatte auch der Publizitätserfolg. Mit diesem „Erfolg" wuchs auch das Selbstbewußtsein der Organisatoren und der Teilnehmer. Es schien, als habe der moralische Protest eine politische Qualität bekommen, die Spontaneität des beunruhigten Bürgers einen Höhepunkt erreicht.

Allerdings scheint es aus einem anderen Grunde noch eher berechtigt zu sein, von einem neuen Stadium zu sprechen. Nach dem Moskauer Teststopp-Abkommen und dem Berliner Passierschein-Abkommen wurde das Jahr 1963 von allen Seiten als das Jahr einer beginnenden Entspannung gepriesen; Forderungen, unter denen der Ostermarsch vor Jahren einmal angetreten ist, wurden mit dem Moskauer Abkommen zu einem, wenn auch nur geringen, Teil erfüllt. So fragwürdig die an dieses Abkommen geknüpften Hoffnungen auch sein mögen, das Bewußtsein, nun endlich friedlicheren Zeiten entgegenzugehen, ist weit verbreitet. Es wird daher heuer besonderer Anstrengungen bedürfen, den „Erfolg" von 1963 zu wiederholen. Das „Gerede" von der Entspannung ist nicht ohne Wirkung geblieben.

Wenn gerade jetzt die von uns schon früher erhobene Forderung nach einer „Politisierung" des Ostermarsches besonders aktuell ist, so ist es zugleich notwendig, dieser Forderung einige kritische Gedanken hinzuzufügen.

II Obwohl es innerhalb der Kampagne für Abrüstung kaum noch Stimmen gibt, die sich gegen eine Politisierung aussprechen, Politisierung also fast schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, hat es bis heute wenig Ansätze gegeben, diesen Begriff an den realen Verhältnissen zu präzisieren.

Mit konkreteren politischen Forderungen schien die geforderte Politisierung erfüllt zu sein. Völlig unbeachtet blieb die bisher geübte Strategie der Kampagne. Gerade ihr kommt jedoch eine besondere Bedeutung zu, denn sie offenbart einen politischen Standort, der nicht übersehen werden darf. Eine Politisierung der Kampagne bleibt unzureichend, solange sich nicht auch die Strategie an ihr orientiert.

Im Aufruf zum Ostermarsch 1964 stehen die charakteristischen Sätze: „Diese Abkommen sind ein Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebensosehr ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten. Jeder einzelne von ihnen hat den Umschwung mit vorbereitet, der sich jetzt vollzieht und dessen Ergebnisse die weltweite Billigung der Entspannungsabkommen ist."

Man täte den Verfassern unrecht, würde man ihnen bei einer solchen Feststellung nur eine propagandistische Absicht unterstellen. Sie ist ernst gemeint und daher bedenklich, kommt doch hier ein völlig unreflektierter Glaube an das Funktionieren einer intakten parlamentarischen Demokratie zum Ausdruck. Wie anders sonst soll der einzelne, der hier mit einem solchen Nachdruck herausgestellt wird, den Umschwung mit vorbereitet haben, als über den Weg, der in einer parlamentarischen Demokratie institutionalisiert ist.

Was längst als „pure Einbildung" (C. Wright Mills) entlarvt ist, nämlich die in den Verfassungen verankerte Souveränität des Volkes, die Möglichkeit, Entscheidungen der „Machtelite" durch Meinungsbildung von unten nach oben zu beeinflussen, wird hier als selbstverständlich angenommen. Eine doch vielleicht nur scheinbare Identität der Interessen von Machtelite und einer politischen wachen Minderheit wird in einem Erfolg dieser Minderheit, ja gar des einzelnen, umgemünzt.

Der Prozeß gegen Dr. Alexander geht weiter

Am 12. Dezember 1963 wurde der Prozeß gegen Dr. Alexander unterbrochen, da das Gericht sich in Ferien begab. Die ungefähren Prozeßkosten beliefen sich bis zu diesem Zeitpunkt auf ca. DM 27 000,—. Mittlerweile ist der Prozeß wiederaufgenommen worden. Die auf dem Konto des Tübinger AStA gesammelten Spenden reichen nicht aus, um die Verteidigung von Neville Alexander auch weiterhin zu sichern. Nach vorläufigen Schätzungen werden sich die gesamten Prozeßkosten auf DM 45 000,— belaufen.

Weitere Spenden werden daher dringend erbeten auf das Girokonto 82 12 des Tübinger AStA, Kreissparkasse Tübingen. Über den Prozeßverlauf informieren Sie die SDS-informationen, die beim Bundesvorstand des SDS zu beziehen sind.

Die tatsächliche Funktion der sogenannten Öffentlichkeit unter den heutigen Verhältnissen wird in dem Aufruf zum Ostermarsch 1964 völlig verkannt. Thomas Leithäuser hat in seinem Aufsatz „SDS und Abrüstungsbewegung" (neue kritik 18/1963) in Anlehnung an Jürgen Habermas auf die heutige Struktur der öffentlichen Meinung in aller Deutlichkeit hingewiesen. Öffentliche Meinung ist heute nicht mehr „primär kritische Instanz, die den Vollzug politischer, sozialer und wirtschaftlicher Gewalt reflektiert", sondern weitgehend „rezeptive Instanz, die durch Manipulation und Demonstration Institutionen, (politischen) Programmen, Personen usw. Publizität verschafft".

Einen solchen Tatbestand zu übersehen, kann für eine politische Bewegung äußerst verhängnisvolle Folgen haben. Wenn die Kampagne für Abrüstung ihre eigenen Appelle

ernst nimmt, muß ihre vordringlichste Aufgabe darin bestehen, Öffentlichkeit als kritische Instanz wiederherzustellen. Jede Angriffsfläche, die diese Gesellschaft dazu bietet, muß genutzt werden; auch dazu, wenn sie nicht unmittelbar mit dem erklärten Ziel der Kampagne für Abrüstung im Zusammenhang steht.

Eine Öffentlichkeit mit einem politischen Gewicht wird dort am ehesten wiederherzustellen sein, wo noch Reste eines kritischen politischen Bewußtseins erhalten sind: in der Arbeiterschaft und unter den Intellektuellen. Es ist begrüßenswert, daß sich die Aktivität der Kampagne für Abrüstung bereits heute auf diese Kreise der Bevölkerung konzentriert. Verfehlt wäre es allerdings, hier schon vorauszusetzen, was erst herzustellen ist.

Die Ohnmacht derer, die heute nur über ihre Stimme verfügen, steht in einem derart krassen Mißverhältnis zur Macht der Herrschenden — sie reicht von der ihr schon gewohnheitsmäßig zugestandenen Autorität über die Manipulation durch Massenmedien bis zu Zwang und Gewalt —, daß jeglicher Versuch einer Versöhnung von vornherein in den Geruch der Ideologie geraten muß. Eine Öffentlichkeit ist nur wiederherzustellen, wenn an den unmittelbaren Erfahrungen die Interessengegensätze zwischen Herrschenden und Beherrschten aufgezeigt werden. Wer den so lautstark verkündeten Pluralismus ernst nimmt, unterliegt einer Täuschung, erfüllt doch dieses Gerede keine andere Funktion als die, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern. Nur wer den ideologischen Charakter des Pluralismus durchschaut hat, ist in der Lage, die Chancen, die der Pluralismus bietet, zu nutzen.

III Ist man sich der Ohnmacht auch nicht bewußt, so bleibt sie dennoch nicht ohne Wirkung auf die Struktur und das Erscheinungsbild des Ostermarsches. Als „Erfolg" wird bereits angesehen, was erst Voraussetzung für einen Erfolg sein kann: die Organisation hat geklappt, die Teilnehmerzahlen haben die Erwartungen übertroffen, „wir sind heute bei 25 Grad 26 Kilometer marschiert" — Respekt vor der eigenen Leistung. Wo der Erfolg außen nicht sichtbar ist, wird er innen gesucht und gefunden.

„Zweifellos war der Ostermarsch 1963 ein Erfolg. Es haben sich an ihm nicht nur mehr Menschen als in den Vorjahren beteiligt, sondern es ist auch das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb unserer Kampagne weiter gewachsen, so daß heute Menschen aus den verschiedenen Lagern und mit unterschiedlichen Grundüberzeugungen für das Ziel der Abrüstung und Entspannung gemeinsam eintreten", so beginnt ein Artikel über den Ostermarsch 1963.

Durch das krasse Mißverhältnis von Macht und Ohnmacht verflüchtigt sich der ursprüngliche Inhalt des Begriffes „Erfolg". In der Isolierung auf sich selbst zurückgeworfen wird die Bestätigung bei sich selbst gesucht. Die Ungewißheit über den p o l i t i s c h e n Erfolg verführt dazu, sich die einmal gefundene Resonanz auf einer bestimmten Marschstrecke erneut bestätigen zu lassen. Solche Entscheidungen und nicht zuletzt auch bestimmte äußere Formen des Marsches haben leider oft mehr den Charakter einer politischen Selbstbefriedigung als den einer politischen Aktion.

IV Politisierung der Kampagne für Abrüstung muß unter verschiedenen Aspekten konkretisiert werden. Der SDS sollte sich in allen Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung für eine solche Konkretisierung einsetzen und eine entsprechende Praxis anstreben:

1. Politisierung heißt Verzicht auf jegliche Romantik, ganz besonders bei den Märschen selbst, deren äußeres Bild entscheidend dazu beiträgt, ob wir politisch ernst genommen oder mit geringschätzigem Lächeln abgelehnt werden.
2. Das moralische Engagement soll unter keinen Umständen gering geschätzt werden. Dennoch genügt ein bloß moralischer Protest, besonders dann, wenn er nur das eigene Gewissen befriedigt, nicht. In Slogans, Flugschriften und Reden sollte stärker als bisher das unmittelbare I n t e r e s s e des einzelnen angesprochen werden. Es kommt z. B. darauf an, Zusammenhänge zwischen Rüstung und Preissteigerungen konkret aufzuzeigen.
3. Politisierung heißt nicht nur politische Forderungen stellen, sondern die Kampagne zu einem Politikum auf breiter Basis zu machen. Politisierung heißt, sich an einer realistischen Strategie zu orientieren. Die Wiederherstellung einer kritischen Öffentlichkeit ist die unabdingbare Voraussetzung für jegliche politische Strategie. Nicht eine abstrakte Öffentlichkeit darf die Plattform für unsere politische Aktivität sein, sondern die am ehesten regenerierbare Öffentlichkeit; d. h. Agitation in der Arbeiterschaft und unter den Intellektuellen.
4. An die Stelle verbaler Proteste und Forderungen muß eine breit angelegte Aufklärung treten, die sich nicht auf Fragen der Abrüstung allein beschränken darf. Das Abrüstungsproblem muß auch im Zusammenhang mit den Herrschafts- und Besitzverhältnissen gesehen werden. Die täglichen Erfahrungen, die die arbeitende Bevölkerung mit diesen Verhältnissen macht, bieten vielfältige Möglichkeiten für eine solche Aufklärung.
5. Der SDS sollte seine Kritik besonders auf jene Pluralisten konzentrieren, die noch an ein freies Spiel der Kräfte auf dem Markt der Öffentlichkeit glauben, auf dem der Ostermarsch eine faire Chance habe. Das Problem der Abrüstung wird nur in dem Maße gelöst, wie zugleich das System der erzwungenen Unmündigkeit, dem es sich verdankt, in ein demokratisches umgestaltet wird. Jeder Schritt, der allen sozial und politisch abhängigen Menschen mehr Macht über ihr Schicksal gibt, baut die Ursachen ihrer Apathie ab und bringt die Abrüstungsbewegung einer Aufhebung der sozialen Widersprüche und einer wirklichen außenpolitischen Entspannung näher.

Eine Politisierung der Abrüstungsbewegung muß daher das politische Problem der Entspannung, die Interessengegensätze der sozialen Klassen und den Gegensatz zwischen Ost und West mit einbeziehen.

Edgar Weick

Probleme einer neuen sozialistischen Strategie

Thomas von der Vring

Die alte demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung ist gescheitert. Denn sie hat nicht nur ihr Ziel, die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, nicht erreicht. Mehr noch: ihre überkommenen Vorstellungen, Kampfmethoden und Organisationsformen erweisen sich — nicht erst heute — in der politischen Auseinandersetzung als der Wirklichkeit fremd, als unwirklich, als wirkungslos. Gibt es ein härteres Urteil über eine politische Bewegung als dieses?

Dennoch stößt die Forderung nach kritischer Revision der überkommenen Vorstellungen wenn nicht auf Ablehnung — „Revisionismus!" — so doch auf weitgehendes Desinteresse. Manche Sozialisten erwidern — so sich faktisch mit ihrer Wirkungslosigkeit abfindend —, die überkommenen sozialistischen Vorstellungen seien schon richtig, es läge nur an der Ungunst der Verhältnisse, daß man nicht weiterkommt. Aber, so fügen sie, diese Bankrotterklärung verschleiernd, hinzu, eines Tages werden die Verhältnisse wieder günstiger sein, und dann wird es auch mit dem Sozialismus aufwärtsgehen. Ihre letzte theoretische Stütze ist die Marx'sche Lehre vom unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus.

Man muß den, hier zugegebenermaßen simplifizierten, Gedankengang nur nüchtern betrachten, um den unwissenschaftlichen Charakter dieser häufig kautskyanistisch genannten Dogmatik zu erkennen. Sie ist ein Hypothesengebäude, das sich einerseits auf Aussagen über die zukünftige Realität stützt, das sich andererseits durch keine noch so geartete Entwicklung dieser Realität falsifizieren läßt. Denn der endgültige Zusammenbruch w i r d kommen, wenn nicht heute, dann morgen, oder übermorgen, irgendwann.

Nun soll dieser unter den heutigen Linken noch weit verbreitete ideologische Mechanismus hier keineswegs zum Ausgangspunkt theoretischer Neubesinnung gemacht werden. Diese bedarf angesichts hundertjähriger Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, vor allem in Deutschland, keiner besonderen Rechtfertigung. Die oben skizzierte Position möge nur etwas verfremden, die immanente Kritiklosigkeit all der tradierten, marxistisch genannten Vorstellungen vor Augen führen, die heute noch weitgehend das geistige Rüstzeug der Linken ausmachen. Sie möge daran erinnern, daß die systematische Entideologisierung und Entmythologisierung des heutigen sozialistischen Denkens noch immer ausstehen.

Mit diesem noch heute vorherrschenden „links"-sozialistischen Denken, das sich mit Vorliebe marxistisch nennt, ist nicht das Denken der kleinen Zahl sich an theoretischen Fragen abarbeitender Sozialisten gemeint, sondern jenes Ideologiengewirr, das sich einerseits in der Sozialdemokratie von der Kautsky'schen Orthodoxie bis nach Godesberg und darüber hinaus in die Zirkel der exmittierten linken Sozialdemokraten verfolgen läßt, andererseits unter dem Namen Diamat die europäische Geistesgeschichte bereichert hat. Es ist anderweitig schon zur Genüge enthüllt worden. Hier wurde es nur berührt, weil es alle Versuche, die fundamentale Erneuerung der Theorie in den Kreisen der Linken zur Diskussion zu stellen, weitgehend zu unterdrücken vermocht hat.

Marxismus ist ein unseliger, zu parteiischer Einengung der Kritik verleitender Name. Man kann einerseits das sozialistische Ziel durch eine sinnvolle Politik anzustreben versuchen, die theoretisch begründet ist, und man kann sich andererseits zum M a r x i s m u s bekennen. Bekennertum in Ehren — doch hätte die konkrete Wirklichkeit dieses wohl eher nötig als Karl Marx. Für eine Diskussion über sozialistische Politik empfiehlt es sich angesichts affektivbekenntnishafter Bindungen an bestimmte Aussagen von Marx nüchtern zu untersuchen, inwieweit die Aussagen von Marx, die für die Politik der Arbeiterbewegung relevant waren, seiner eigenen Theorie adäquat sind, und welche Revision der Marx'schen Theorie die heutige Wirklichkeit erfordert.

Damit diese Diskussion nicht ziellos werde und in der Vielfalt der Probleme versande, soll sie sich an der Fragestellung der Strategie, d. h. an der Frage nach dem W i e der planvollen gesellschaftlichen Veränderungen orientieren. Diese nicht sehr übliche Methode, die Theorie konsequent unter politischen Aspekten zu diskutieren, erfordert zunächst eine Erläuterung des Strategiebegriffes.

I. Der Begriff der Strategie

Wenn hier gesagt wird, eine politische Bewegung wie die demokratisch-sozialistische sei gescheitert, so meint das, daß die von ihr propagierte und angewandte Strategie sich als unbrauchbar und damit als falsch erwiesen hat. Gewiß kann das Versagen eines Führungsgremiums, etwa einer Partei, nicht unbedingt der Strategie angelastet werden. Wenn sich ein solches „Versagen" aber über längere Perioden hinzieht, dann drängt sich der Verdacht auf, daß die Dissonanz von Anspruch und Praxis einer politischen Bewegung strukturelle Ursachen hat.

S t r a t e g i e ist der Zentralbegriff einer planvollen Umgestaltung der Gesellschaft. Seine Funktion sei kurz skizziert.

Welches der historische Ausgangspunkt einer sozialistischen Bewegung auch immer gewesen sein mag, begrifflich steht am Anfang die Utopie, eine mehr oder weniger bestimmte Vorstellung von einer besseren Gesellschaft, die der bestehenden Gesellschaft entgegengesetzt wird. Um diese bestehende Gesellschaft zu verändern, muß sie zunächst begriffen werden. Dieses Begreifen leistet die Theorie, und zwar nicht, indem sie oberflächlich den Zustand der Gesellschaft beschreibt, sondern indem sie deren Entfaltung aus inneren Zusammenhängen erklärt und so aufdeckt nach welchen Prinzipien sie sich weiterentwickeln kann. Die Theorie versteht also Gesellschaft als einen immanent bestimmten Prozeß und beantwortet zunächst die Frage: Warum und wie verändert sich die Gesellschaft?

Das kritische Subjekt, das der bestehenden Gesellschaft die Vorstellung von einer besseren gegenüberstellt (Utopie) — eine Vorstellung, die selbst im Prozeß der theoretischen Reflexion ständig entfaltet und korrigiert wird —, gibt sich mit der Antwort auf diese Frage nicht zufrieden. Es ist nicht bereit, sich den blinden Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zu unterwerfen. Es fragt weiter: Wie läßt sich dieser soziale Prozeß beherrschen, handhaben, wie kann, ausgehend von den vorgefundenen Verhältnissen, die bessere Gesellschaft durch planvolles Handeln verwirklicht werden?

Das theoretische Konzept, welches diese primäre Frage sozial-revolutionärer Politik beantwortet, wird hier als Strategie[1]) bezeichnet. Strategie erweitert zielloses Reflektieren zur kritischen Theorie — Reflektieren, das nicht in Praxis münden will, kann sich nicht zu Recht als kritisch bezeichnen. Indem Strategie das theoretische Denken politisiert, vermittelt es Theorie und Praxis, hebt deren abstrakte Scheidung auf. Dadurch wird Strategie zugleich zum Instrument permanenter Theoriekritik. Sie treibt die Entfaltung der Theorie voran. Denn während die praxislose Theorie die Frage nach ihrer Realitätsgerechtheit tendenziell in steriler Exegese versanden läßt, ist die Verwirklichung der Strategie das „Hic Rhodos" für die kritische Theorie, d. h. deren realer Prüfstein, den sie nicht umgehen kann.

Die Strategie ist sozusagen das politisch relevante Resümee des theoretischen Erkenntnisprozesses. Sie beantwortet — um es zu veranschaulichen — vor allem die Fragen:

Welches werden die entscheidenden gesellschaftlichen Veränderungen auf dem Wege zur besseren Gesellschaft sein?

Welchen Verlauf werden die politischen Auseinandersetzungen um die neue Gesellschaft in groben Zügen nehmen?

Wer werden die Träger dieses Kampfes sein, und wie sind sie zu aktivieren?

Welches sind die entscheidenden Kräfte, die bekämpft und überwunden werden müssen?

Welches sind die diesem Kampf angemessenen Organisationsformen, Kampfesmittel und -methoden?

Strategie ist, so wurde festgestellt, zugleich das der kritischen Theorie immanente Instrument zur Theoriekritik. Der Prüfstein der Theorie ist die Realisierung der Strategie durch die politische Bewegung. Scheitert die Strategie, d. h. erweist sie sich in wesentlichen Punkten als unrealistisch, dann läßt dies Unstimmigkeiten in der Theorie vermuten. Kritische Konfrontation der Erwartungen der ursprünglichen sozialistischen Strategie mit dem tatsächlichen Verlauf der Geschichte verspricht die in der überkommenen Theorie liegenden Ursachen des Scheiterns der bisherigen Strategie zu enthüllen. Als Methode bietet sich dazu an, die sozialistische Strategie, wie sie in die Arbeiterbewegung eingegangen ist, zu rekonstruieren, um dann ihre aus der historischen Erfahrung als fragwürdig erkannten Aussagen auf ihre theoretische Vermittlung hin zu untersuchen. Das setzt jedoch voraus, daß all die kaum noch reflektierten Implikationen der Strategie, die sich in zu Schlagworten erstarrten Begriffen wie Arbeiterbewegung, Klassenkampf, Klassenbewußtsein, Revolution usw. äußern, als ursprünglich theoretisch vermittelt erkannt und ernsthaft in Frage gestellt werden.

II. Das Dilemma der Strategie

Bevor auf diese Weise die sozialistische Strategie überprüft wird, gilt es, sich der Problematik jeder solchen Strategie zu vergegenwärtigen, d. h. auf die generelle Bedingtheit jedes Versuches hinzuweisen, eine Umwandlung der Gesellschaft planvoll durchzuführen.

Die Strategie beruht als langfristige Perspektive auf einer ebenso langfristigen Analyse, also auf Prognosen über die künftige gesellschaftliche Entwicklung. Nun sind aber konkrete Aussagen über diese künftige Entwicklung immer hypothetischer Natur.

Die Theorie entfaltet aus den abstrakten Prinzipien einer Gesellschaft an den empirischen Ergebnissen Gesetzmäßigkeiten — Tendenzen —, welche die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestimmen. Sie ist bestrebt, diese Gesetzmäßigkeiten so genau wie möglich zu differenzieren. Ihr Ziel ist ihre totale Selbstentfaltung bis zu dem Grad an Differenziertheit, bei dem Theorie und Wirklichkeit identisch sind.

Man sollte sich jedoch darüber im klaren sein, daß die totalentfaltete Theorie solange nichterfüllter Anspruch bleiben muß, solange die Gesellschaft und ihre zukünftige Entwicklung teilweise von blinden Mechanismen bestimmt werden, und daß die reale Vollendung und zugleich Aufhebung der Theorie erst in der völligen Beherrschung der sozialen Verhältnisse durch die Menschen besteht, also in der Überwindung der blinden sozialen Mechanismen. Solange die Gesellschaft einerseits, aufgrund der sozialen Blindheit der individuellen Verhaltensweisen, weitgehend von auf den Prinzipien der Wahrscheinlichkeit beruhenden Gesetzmäßigkeiten beherrscht, andererseits partiell von auf ihre sozialen Wirkungen hin geplanten politischen Maßnahmen sowohl der Sozialisten als auch vor allem des Staates und der zentralen Exekutivorgane der Herrschenden beeinflußt wird, solange

sind einigermaßen sichere detaillierte Vorhersagen über den Verlauf des sozialen Prozesses einfach nicht möglich.

In der gegenwärtigen Gesellschaft kann die Theorie nur eine Annäherung an die reale Entwicklung bieten, und ihre Aussagen über die Zukunft geben nur mehr oder weniger genau die Richtung an, in der sich die Entwicklung vollziehen wird. Die vielfältigen, der Gesellschaft innewohnenden Tendenzen, die deren Entwicklung bestimmen, widerstreiten einander in der Regel, so daß es auf lange Sicht unmöglich ist mit Sicherheit vorherzusagen, welche von ihnen in welcher Form und in welchem Ausmaß dominieren werden. Besonders problematisch sind Aussagen darüber, in welcher Weise und mit welcher Wirkung die Gesellschaft selbst durch ihre Institutionen auf die ihr innewohnenden Tendenzen reagieren wird.

Politisch so bedeutsame Fragen, vor die sich Marx in Verfolgung seiner theoretischen Reflexionen gestellt sah, wie z. B.: Wird sich die Verelendungstendenz durchsetzen? — Wie wird sich das Prinzip des tendenziellen Falles der Profitrate äußern? — Wird das politische System mit der strukturellen Krisenneigung fertig werden? —, Fragen also nach der künftigen konkreten Erscheinungsweise allgemeiner (absoluter) Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft, konnten von Marx prinzipiell nicht prognostisch beantwortet werden, sowenig sie heute von uns für unsere Zukunft mit Sicherheit beantwortet werden können. Wer glaubt, Theorie müsse solche Fragen beantworten können, verabsolutiert die Theorie, verkennt ihre historische Bedingtheit. Er sieht sich bald gezwungen zu konstatieren, daß Theorie „heute nicht möglich ist" (Parallele zu den Zusammenbruchs-„Theoretikern", die durch ihre Vorstellungen ebenfalls vom Heute auf das Morgen abgelenkt werden), kann also nicht zu einer theoretisch vermittelten Praxis gelangen und neigt zur räsonierenden Passivität.

Dennoch waren die Antworten auf die oben genannten Fragen für die Strategie der Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung. Wollte die Arbeiterbewegung planvolle progressive Veränderung der Gesellschaft bewirken, dann mußte sie sich — sei es nach der Anschauung, sei es nach der Wahrscheinlichkeit — für bestimmte Antworten entscheiden. Sie hat sich dann auch, Marx folgend, mit der Fixierung ihrer Strategie entschieden — wobei allerdings diese erkenntnistheoretische Problematik wohl kaum reflektiert worden ist. Die Antwort auf obige Fragen lautete: Die Verelendungstendenz wird sich durchsetzen, und — mit Ausnahme vielleicht von England — wird das Prinzip des tendenziellen Falles der Profitrate zum Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft führen, den deren herrschende Kräfte nicht aufzuhalten vermögen. An dieser und an ähnlichen Aussagen, die grundsätzlich hypothetischer Natur (also möglicherweise falsch) waren, hat sich die klassische Strategie der sozialistischen Arbeiterbewegung in Westeuropa teilweise orientiert, und ihr Mißerfolg hängt damit zusammen, daß sich einige dieser Aussagen als falsch erwiesen haben. Auch der Zerfall der sozialdemokratischen Partei in einen orthodoxen und revisionistischen Flügel sowie die offensichtliche Differenz zwischen Theorie und Praxis haben ihre Ursachen in dieser Problematik.

Es bedarf also jede politische Bewegung zur planvollen Veränderung der Gesellschaft einer umfassenden Strategie, und jede solche Strategie beruht teilweise auf hypothetischen Aussagen über die zukünftige Entwicklung. Die Konsequenz aus diesem Dilemma ist die Forderung nach flexibler Gestaltung der Strategie und ihrer ständigen Anpassung an die sich ändernde Bedeutung divergierender gesellschaftlicher Tendenzen. Das ist leichter gesagt als getan, denn die einmal im Rahmen einer Strategie gewählten politischen Methoden und Mittel, besonders die Organisationsform, lassen sich nur schwer auswechseln. Wer z. B. heute auf Grund bestimmter strategischer Prinzipien eine Partei gründet, kann sie — vorausgesetzt, daß sie leidlich floriert — nicht einfach morgen zugunsten anderer organisatorischer Lösungen wieder aufgeben.

Die Notwendigkeit, die politische Strategie teilweise auf den schwankenden Boden von Hypothesen zu gründen, stellt also bereits jede umfassende Veränderung der Gesellschaft in Frage. Dieses Dilemma kennzeichnet das Wesen des Strategiebegriffes. Strategie sucht die in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht völlig überbrückbare Differenz zwischen Theorie und Wirklichkeit zu überspielen. Die Gefahr der Entfremdung von Denken und Handeln, des Zerfalls der kritischen Theorie in abstrakte Dogmatik und ziellose Taktik, und damit die latente Neigung einer progressiv-politischen Bewegung zu scheitern, resultieren in erster Linie aus dieser fundamentalen Problematik der Strategie selbst. Einen sicheren Weg, solchen Schwierigkeiten zu entgehen, gibt es nicht — es sei denn die Resignation. Von großer Bedeutung ist es jedoch, daß in einer politischen Bewegung diese Problematik stets reflektiert und dementsprechend das eigene Streben und Handeln mit grundsätzlicher Skepsis und kritischem Zweifel verfolgt wird. Nur so kann wenigstens die Verfestigung des Denkens in einer politischen Bewegung vermieden werden — die Grundvoraussetzung dafür, um nicht an diesem Dilemma zu scheitern.

III. Der Grundgedanke der traditionellen sozialistischen Strategie

Der Rekurs auf die ursprüngliche sozialdemokratische Klassenkampfstrategie legt einige wesentliche Elemente der Realitätsfremdheit und damit des Scheiterns der heutigen sozialistischen Bewegung bloß und kann so den Ausgangspunkt zur Überwindung der gegenwärtigen Stagnation im Lager der Linken bilden. Denn bei allen Unterschieden in den Vorstellungen von sozialistischer Politik durch die verschiedenen historischen Phasen hindurch ist fast allen sozialistischen Gruppierungen der von Marx stammende stra-

tegische Grundgedanke gemeinsam geblieben, so daß man, mit Vorbehalt, von d e r sozialistischen Strategie sprechen kann.

Wenn hier der Versuch gemacht wird, die elementaren Gedanken der Marx'schen Klassenkampfstrategie aus dem komplexen Gebäude seiner Theorien herauszulösen, d. h. seine teils implizite, teils explizite Strategie zu rekonstruieren, dann zeigt sich nicht nur en detail die historische Bedingtheit dieser Strategie, die ihre Anpassung an die Wirklichkeit fordert. Es stellt sich darüber hinaus der V e r d a c h t ein, daß die großartige, in sich geschlossene Konzeption von Marx auf einer im Grunde idealistischen, aus unserer heutigen Perspektive abenteuerlich anmutenden Konstruktion beruht. Das bedeutet, daß sich hier einige Aussagen finden, die zunächst als theoretisch deduziert erscheinen, deren theoretische Vermittlung jedoch bei genauerer Untersuchung sich als nur scheinbar erweist. Im vorigen Kapitel wurde auf die der Strategie immanente Notwendigkeit hypothetischer Aussagen hingewiesen. Es wäre eine umfassende Untersuchung wert festzustellen, wie viele politisch bedeutsame und folgenreiche Aussagen von Marx n i c h t zureichend theoretisch begründet sind; die tatsächliche Weise ihrer Vermittlung zu enthüllen, dürfte jedoch vielfach kaum möglich sein und interessiert auch in diesem Zusammenhang nicht.

Es geht hier, wie bereits gesagt, nicht um Marx, sondern um die Politik der sozialistischen Bewegung. Die wesentlichen Gedanken der sozialdemokratischen Strategie stammen jedoch von Marx, und es läßt sich nicht leugnen, daß es einigen von ihnen an der theoretischen Fundierung mangelt. Andere Aussagen mögen erst in der Marx-Rezeption durch die Arbeiterbewegung, teilweise über die Interpretationen von Engels, zu strategischen Grundsätzen umgeformt worden sein. Zwar gilt es wohl, Marx gerecht zu werden. Dennoch wird hier die Frage, w e r in den Anfängen der Arbeiterbewegung theoretisch nicht begründete, strategische Leitsätze formuliert hat, als sekundär behandelt gegenüber der vor allem interessierenden Frage nach der theoretischen Begründung der ursprünglichen sozialdemokratischen Strategie selbst, die in engem Zusammenhang steht mit dem Problem der theoretischen Bestimmung einer den heutigen Verhältnissen und Tendenzen angemessenen Strategie.

Vielleicht ist es rein zufällig — und man mag diesen Vergleich als eine etwas polemische Randbemerkung auf sich beruhen lassen —, daß eine gewisse Analogie besteht zwischen der Marx'schen Konstruktion des Ablaufs der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft und dem Aufbau eines klassischen Dramas in fünf Akten. Die Marx'schen Vorstellungen teilen, implizit, die Geschichte in fünf streng geschiedene Phasen ein, von denen die zweite, dritte und vierte von seiner Strategie beherrscht werden:

1. die vormarxsche Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen, in denen dynamische planvolle Politik, wissenschaftlicher Sozialismus noch nicht möglich waren, und die infolgedessen ziemlich blind ablief;
2. Die Phase planvoller sozialistischer Politik mit dem nahezu alleinigen Ziel der totalen Eroberung der Staatsmacht durch die Sozialisten;
3. Die kurze, aber alles entscheidende Phase der sozialistischen Machtergreifung (Peripetie);
4. Die planvolle Umgestaltung der Gesellschaft durch die Sozialisten mit Hilfe der vollen Verfügung über die staatlichen Machtmittel — soziale Revolution;
5. Die klassenlose Gesellschaft, in der die blinden Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung überwunden und die Menschen in der Lage sind, ihre Verhältnisse bewußt zu gestalten.

Diese dramatische Fünf-Phasen-Konstruktion bildet unerkannt das Rückgrat verschiedener Strategien — seien sie formuliert oder nur einer bestimmten Praxis implizit —, die einander noch so fern stehen können.

Die konkreten Vorstellungen vom Verlauf der Phasen zwei, drei und vier haben seither die verschiedensten Variierungen erfahren. Phase drei: bei Marx die proletarische Machtergreifung; bei den Sozialdemokraten der Wahlsieg, die ominösen 51 Prozent; bei den Bolschewiki der Staatsstreich einer Partei. In allen Varianten ist diese dritte Phase die entscheidende. Phase zwei ist ausschließlich auf sie ausgerichtet: ursprünglich die Verschärfung des Klassenkampfes mit agitatorischen Mitteln, bis die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen; bei den Sozialdemokraten völlig auf Wahlpropaganda, heute völlig auf Werbepsychologie abgestellte Politik (wobei natürlich nicht übersehen wird, daß es sich bei diesen strategischen Elementen in der SPD-Politik nur noch um verselbständigte Relikte der Vergangenheit handelt). Die vierte Phase ist entsprechend variiert: ursprünglich die Diktatur der Mehrheit des Volkes über eine kleine Minderheit, im wesentlichen jedoch Umwandlung der Gesellschaft par decret durch die sozialistische Avantgarde; bei den Sozialdemokraten mehr und mehr die Vorstellung einer vorsichtigen Umgestaltung der Gesellschaft durch die Gesetzgebung, aber ohne direkte Mitwirkung des Volkes (Staatssozialismus); bei den Bolschewiki die Parteidiktatur par decret, in der Praxis gegen die „unmündigen" Massen.

Der e n t s c h e i d e n d e, all diesen Variationen gemeinsame Gedanke ist der, daß wesentliche fortschrittliche Veränderung der Gesellschaft e r s t d a n n m ö g l i c h sein wird, wenn die Sozialisten die uneingeschränkte Staatsgewalt innehaben. Solange sie in der Opposition sind, hat sich ihre Politik ausschließlich an dem Ziel der Eroberung der Staatsmacht auszurichten. „Systemimmanente" Veränderungen sind nicht nach ihrer unmittelbaren Bedeutung für die Menschen zu bewerten, sondern nur danach, ob sie dem sozialistischen Kampf um die Staatsmacht dienen oder ihn erschweren. Dieser Gedanke ist so sehr Allgemeingut des traditionell-sozialistischen Denkens geworden, daß er kaum

noch stutzig macht. In jenen sozialistischen Richtungen, in denen der Begriff Revolution tabuiert wird, ist dieser Gedanke zwar in der theoretischen Verflachung verlorengegangen, äußert sich aber in einigen nicht reflektierten strategischen Implikationen wie auch in einer allgemeinen Vorliebe für „machiavellistische" Taktik.

Die Problematik dieses strategischen Prinzips wird kaum in ihrem ganzen Ausmaß reflektiert. Und doch: ist es nicht eine abenteuerliche Vorstellung, diese von blinden Gesetzmäßigkeiten getriebene Welt, in der, wie Engels schreibt, „jeder andere das verhindert, was jeder einzelne will, und in der dann etwas herauskommt, was keiner gewollt hat"; in der die Menschen sich selbst fremd geworden sind und die zwischen ihnen bestehenden Herrschaftsverhältnisse hinter dem scheinbar dinghaften Charakter der Waren nicht mehr zu erkennen vermögen; in der irrationale Produktion menschliche Arbeitskraft verschwendet, produktionshindernde Wirtschaftskrisen Elend hervorrufen und Kriege verheeren — ist es nicht eine abenteuerliche Vorstellung, diese Welt mit einem kühnen, wenn auch in langwierigen Kämpfen planvoll vorbereiteten Griff in vernünftige Ordnung zu bringen?

Dieser Plan ist faszinierend. Ihm gegenüber wirkt die alternative Vorstellung, die herrschenden Verhältnisse auf dem Wege einzelner partieller Reformen zu verändern, extrem prosaisch. Mehr noch: sie erscheint angesichts der Verfilzung der bestehenden Verhältnisse als ähnlich hoffnungslos und verzweifelt wie der Versuch, den Gordischen Knoten mühsam aufzuknüpfen. Die Marx'sche Strategie plant den alexanderschen Hieb durch diesen Knoten. Sie setzt alles auf eine Karte, ordnet eine Arbeiterbewegung dieser einen Hoffnung unter und potenziert so selbst die Wahrheit ihrer Losung: Sieg des Sozialismus — oder Chaos, Barbarei! Denn setzt sich diese Strategie in der sozialistischen Bewegung durch, dann bedeutet das Scheitern eines revolutionären Versuches Rückfall in die Barbarei. 1933 ist ohne die sogenannte Revolution von 1918 nicht denkbar (wohl aber 1918 ohne 1933).

Der idealistische Charakter dieser Konzeption deutet sich an, sobald ihr Grundgedanke konsequent zugespitzt wird. Jede Sozialgesetzgebung, die dem Druck der Beherrschten nachgibt, neigt dazu, diese mit den herrschenden Verhältnissen zu „versöhnen" und damit den Klassengegensatz zu entschärfen, d. h. die sozialistische Machtergreifung zu erschweren. Die Kommunisten haben, als sie derartige „systemimmanente Reformen" bekämpften, nicht die Marx'sche Strategie pervertiert, sondern deren immanente Neigung zur Perversion offenbart.

Die Marx'sche Strategie eine idealistische, abenteuerlich anmutende Konstruktion? Ihr innewohnend die Neigung, sich gegen ihr humanitäres Ziel zu kehren? — Diese unscharfen Charakterisierungen sind keine Verurteilungen. Sie mögen lediglich unserer kritischen Diskussion als Wegweiser dienen. Eine Entscheidung für oder gegen dieses strategische Grundprinzip erfordert zunächst die Überprüfung seiner theoretischen Begründung. Doch bevor wir uns damit detaillierter beschäftigen, sind noch einige begriffliche Klärungen notwendig. Im nächsten Abschnitt sollen die Begriffe jenes oben berührten, traditionellen Themas „Revolution oder Reform" diskutiert werden, das in dieser falschen Form selbst ein Stück erstarrter sozialistischer „Bewegung" darstellt.

IV. Revolution und Reform

Es wurde im vorangegangenen Abschnitt festgestellt, daß ein wesentliches Merkmal der traditionellen sozialistischen Strategie die Überhöhung der sozialistischen Machtergreifung zum absoluten Zweck ist. Die Machtergreifung war bisher der Angelpunkt des sozialistischen Denkens.

Man wird zunächst vielleicht geneigt sein, dieser These zu widersprechen. Denn der Terminus Machtergreifung spielt in der sozialistischen Diskussion keine beherrschende Rolle. Der dominierende Terminus ist vielmehr Revolution, und zwar wurde die Revolution bisher meist von den einen als das große Ziel betrachtet, von den anderen, den sogenannten Reformisten, als unrealistisch abgelehnt. Politische Machtergreifung und Revolution sind in der Tat zwei grundsätzlich verschiedene Begriffe.

Eben darum handelt es sich. Der Begriff Revolution bezeichnet eine qualitative Veränderung der Gesellschaftsstruktur, die einen Bruch in der Entwicklung bedeutet. (Ob dieser Bruch in der Realität eben so schroff erscheinen muß wie im Marx'schen Begriffssystem ist eine Frage, die zu prüfen sein wird). Revolution hat zunächst mit den politischen Verhältnissen nichts zu tun.

Der Marx'schen Strategie zufolge ist jedoch die politische Machtergreifung der Sozialisten die Bedingung sine qua non der sozialen Revolution, und die ursprüngliche Akzeptierung dieser These hat dazu geführt, daß in der sozialistischen Diskussion die Begriffe „soziale Revolution" und „politische Machtergreifung" allmählich unter den Terminus „Revolution" subsumiert wurden. Diese Begriffsverschmelzung bewirkte, da die strategische Fragestellung die akutere ist, daß man „Machtergreifung" meinte, wenn man von „Revolution" sprach. In den meisten Fällen, in denen die Termini „Revolution" und „Reform" einander gegenübergestellt werden, handelt es sich um die — hier zugespitzte — strategische Fragestellung: ist es die absolute Voraussetzung der sozialen Revolution, daß die sozialistische Bewegung alle institutionalisierten Machtpositionen der Gesellschaft unmittelbar personell besetzt oder beseitigt, oder ist der Prozeß der sozialen Revolution — in diesem Falle über eine größere Zeitspanne ausgedehnt — auch im Sinne schrittweiser mittelbarer Erfolge möglich, bestehend in Konzessionen, die den Regierenden abgetrotzt werden, bzw. zu denen diese aus Gründen der Selbsterhaltung gezwungen sind?

Es kann sich also in der Reformismus-Diskussion, wenn sie mehr sein soll als ein Glaubensstreit, nicht um die Frage handeln: Revolution o d e r Reform? Sozialismus bedeutet soziale Revolution. Sie ist das Ziel des Sozialismus. Zur Debatte steht nur der Weg, auf dem sie erreicht werden kann, bzw. die Art und Weise, in der sie sich vollziehen wird.

Kehren wir nach diesem Exkurs zu der These zurück, die Marx'sche wie die an diese anknüpfende Strategien neigten dazu, die totale Machtergreifung der Sozialisten zum absoluten Zweck zu überhöhen und sich gegen ihr ursprüngliches humanitäres Ziel zu kehren. Die Neigung zur Hypostasierung dieser Strategie ist ihr unbestreitbar immanent. Der Gefahr totalitärer Verkehrung des sozialistischen Denkens wirkt in der Marx'schen Konzeption jedoch der Gedanke der Demokratie entgegen. Marx lehnt den verschwörerischen Staatsstreich einer Minderheit ab. Für ihn kann die Machtergreifung, die der sozialen Revolution vorausgeht, kein Putsch sein. Sie ist die Machtergreifung durch die sozialistische Avantgarde in Übereinstimmung mit der Mehrheit des Volkes, den sogenannten Massen. Die entscheidende strategische Bedingung für die Überwindung der herrschenden Klasse und ihres Apparates ist die Gewinnung der Massen. Sie geschieht durch Aufklärung, durch Entschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, durch Ausbreitung des proletarischen Klassenbewußtseins. (Inwieweit diese die Aufklärung als strategisches Prinzip postulierenden Hypothesen über ein proletarisches Klassenbewußtsein realitätsgerecht sind, ist eine weitere Frage, die sich uns stellen wird.)

Dieses demokratische Moment in der Marx'schen Konzeption ist von größter Bedeutung für die sozialistische Bewegung gewesen. Denn es hat verhindert, daß sich deren Praxis in abstrakter Umsturztechnik erschöpfte. Blieb auch die Machtergreifung das dominierende Ziel, so war man doch gezwungen, für die akuten Interessen der arbeitenden Menschen zu kämpfen, um diese für die sozialistische Bewegung zu gewinnen. Der demokratische Gedanke vermittelte so der im Wesen idealistischen Konzeption das konkrete Korrektiv, kettete die sozialistische Bewegung an die alltäglichen Interessen des Volkes.

Wo jedoch die Gewinnung der Massen ihre strategische Funktion für den Sieg der sozialistischen Bewegung verliert — sei es, daß diese die diktatorische Gewalt ausübt, sei es, daß das Prinzip der Aufklärung und der Überzeugung der Massen durch konsequente Vertretung ihrer realen Interessen verdrängt wird durch das Prinzip der propagandistischen Manipulation —, dort emanzipiert sich die politische Bewegung von dieser akuten Bindung an die Interessen der Menschen. Sie neigt dann dazu, sich gegen ihr humanitäres Ziel zu kehren.

So hat das demokratische Prinzip die Forderung nach — wie man sagt — „systemimmanenten Reformen" in die sozialistische Politik eingeführt. Gleichwohl steht das Prinzip der Reform weiterhin in grundsätzlichem Widerspruch zu dem Prinzip der Priorität der Machtergreifung, und zwar auf zweifache Weise: Einmal liegt diesem Umsturzprinzip die These zugrunde, daß durch progressiv erscheinende Reformen eine soziale Revolution nie erreicht werden kann; zum anderen fordert das Umsturzprinzip, daß sich eine Reformpolitik nicht an dem Ziel der Verbesserung der Gesellschaft, sondern an dem Zweck der baldigen Machtergreifung orientiert, während die angestrebte Veränderung der Gesellschaft selbst der späteren Diktatur des Proletariats überlassen bleibt.

Auf dem Gedanken der systemimmanenten Reform ist die Gewerkschaftsbewegung aufgebaut — die Partei ursprünglich auf dem der gewaltsamen Machtergreifung, die sozialdemokratische allmählich auf dem des Wahlsieges. In dem unvermeidlichen Konflikt zwischen den beiden Prinzipien hat sich in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung aus der Zwangsjacke der sozialdemokratischen Umsturzstrategie befreit und zeitweise die Partei ins Schlepptau genommen, als diese von der Expansion der Gewerkschaften profitierte (Generalstreikdebatte 1905/06). In Rußland dagegen ließ das nicht mehr dynamisierbare, morsche Feudalsystem eine Gewerkschaftsbewegung wie auch eine reformistische Politik nicht zu. Das erzwang die Lösung der sozialen Probleme durch die konspirative Partei auf dem Wege des totalen Umsturzes.

V. Soziale Dynamik als theoretisches Problem

Die These, wesentliche soziale Veränderung sei letztlich ohne die ihr vorangegangene politische Machtergreifung durch die sozialistische Bewegung nicht möglich, ist einerseits von solcher strategischer Bedeutung, andererseits nach hundert Jahren Geschichte der Arbeiterbewegung so problematisch geworden, daß es sich empfiehlt, ihre theoretische Begründung bzw. Begründbarkeit bevorzugt zu untersuchen. Dies verweist zunächst auf das allgemeine Problem des gesellschaftlichen Wandels.

Weshalb und in welcher Weise ändert sich eine Gesellschaft? — Es gibt keinen anderen theoretischen Ansatz, der diese Grundfrage aller sozialistischen Theorie in ähnlich plausibler wie vollständiger Weise beantwortet wie der Marx'sche. Im allgemeinen weichen die gängigen soziologischen Theoreme dieser Frage einfach aus und begnügen sich mit der Konstatierung und Systematisierung von Fakten.

Die Marx'sche Betrachtungsweise sucht das allgemeine Motiv des sozialen Wandels zu bestimmen, indem sie eine Gesellschaft auf deren widersprüchliches Wesen reduziert: den Gegensatz zwischen dem Stand der Produktivkräfte und den jeweiligen Produktionsverhältnissen. Stand der Produktivkräfte meint das jeweilige technische und organisatorische Niveau der Produktionsweisen, die Methoden zur Beherrschung der Natur durch die Menschen. Produktionsverhältnisse sind ganz allgemein die Beziehungen der Menschen zueinander im Produktionsprozeß.

Nach Marx entwickeln sich die Produktivkräfte im wesentlichen kontinuierlich, während die Produktionsverhältnisse einen tendenziell statischen Charakter haben. Die Veränderung der Produktionsverhältnisse wird dann notwendig, sobald sie eine weitere Entfaltung der Produktivkräfte verhindern, dies um so mehr, je mehr die bestehenden Produktionsverhältnisse den normalen Ablauf der Produktion selbst hemmen. Um die soziale Veränderung begrifflich zu erfassen, ist es sinnvoll, eine Gesellschaft durch das Wesen ihrer Produktionsverhältnisse zu bestimmen, d. h. sie so von der vorausgegangenen wie von der nachfolgenden begrifflich abzugrenzen. Denn da der Kern aller Gesellschaft die gemeinschaftliche, arbeitsteilige Produktion ist, sind die Produktionsverhältnisse als Kern aller gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen. Die Frage nach dem sozialen Wandel führt so zu der Frage nach der Veränderung der Produktionsverhältnisse.

Eine Gesellschaft wie die kapitalistische besteht solange, wie die ihr entsprechenden Produktionsverhältnisse vorherrschend sind; neben den vorherrschenden Produktionsverhältnissen existieren im allgemeinen wesentlich andere, teils als Relikte vergangener Epochen, teils als mögliche Vorboten einer kommenden Gesellschaft. Alle Veränderungen der Gesellschaft bleiben dieser immanent und berühren ihr Wesen nicht, solange die herrschenden Produktionsverhältnisse im Wesen dieselben bleiben. Derartige bloß „quantitative" Veränderungen schlagen aber in „qualitative" um, sobald die herrschenden Produktionsverhältnisse sich in ihrem Wesen ändern — bzw. sobald wesentlich andere Produktionsverhältnisse vorherrschend werden. Diese qualitative Veränderung der Produktionsverhältnisse nennt Marx Revolution, stellenweise auch soziale Revolution.

Ein derartiger Revolutionsbegriff ist äußerst abstrakt und vieldeutig. Die Tatsache, daß wir ihn sowohl im Sinne (plötzlicher) qualitativer Veränderung der herrschenden Produktionsverhältnisse als auch im Sinne (allmählicher) Verdrängung bisher herrschender Produktionsverhältnisse durch qualitativ andere interpretieren können, zeigt uns, daß sich auf dieser hohen Abstraktionsstufe nichts Näheres über den Charakter einer sozialen Revolution aussagen läßt. Zu solchen konkreten Aussagen führt erst eine genaue, auf die historischen Besonderheiten zielende Analyse der Produktionsverhältnisse selbst.

Wie erklärt sich überhaupt die tendenzielle Statik der Produktionsverhältnisse? — In der bisherigen Geschichte waren die Produktionsverhältnisse im wesentlichen Herrschaftsverhältnisse. Herrschaft wird hier, im Gegensatz zu einer den sachlichen Erfordernissen der Produktion und des Zusammenlebens entsprechenden Machtausübung (Sachautorität), verstanden als Machtausübung im Sinne von Privilegien einzelner bzw. einer kollektiven Minderheit, letztlich zur Aneignung und zum Gebrauch fremder Arbeitskraft. Die in diesem Sinne Herrschaft Ausübenden sind an der Erhaltung ihrer Herrschaftsposition (= Privilegien) und damit an der Aufrechterhaltung der bestehenden Produktionsverhältnisse interessiert. Sie sträuben sich, gestützt auf spezielle Instrumente zur Erhaltung ihrer Herrschaft, gegen wesentliche Veränderungen der Gesellschaft. Sie sind konservativ. Dieser konservative Charakter der Herrschenden, ihrer Interessenbindung an die jeweiligen Produktionsverhältnisse bedingen deren tendenzielle Statik. Aus ihnen resultiert die Spannung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, die nach Marx den sozialen Wandel in der vorsozialistischen Gesellschaft bestimmt.

Aus der Erkenntnis der Interessenbindung der in einer Gesellschaft Herrschenden an die jeweiligen Produktionsverhältnisse (sie ist auch der Ausgangspunkt der Klassentheorie) vermittelt sich die Marx'sche Vorstellung, daß sich die gesellschaftliche Veränderung in Sprüngen vollzieht, daß im Verlauf der Geschichte Phasen relativer sozialer Konstanz und Phasen sozialer Revolution einander ablösen — die Herrschenden werden wesentliche soziale Veränderungen solange verhindern, solange sie, ganz allgemein ausgedrückt (denn hier wird die Problematik konkret!), die Macht dazu haben. Die Erkenntnis dieser allgemeinen Interessenbindung sagt aber noch nichts aus über den konkreten Charakter einer bestimmten Revolution. Sind die Herrschaftsverhältnisse an einem Punkt historischer Entwicklung so starr, daß sie sich den Erfordernissen einer weiteren Entfaltung der Produktivkräfte nicht anzupassen vermögen, oder wird die Veränderung der Produktionsverhältnisse in Form der totalen Kampfansage der politischen Organisation der Beherrschten propagiert (!), dann bedeutet die soziale Revolution politischen Umsturz. Ansonsten wird sich die Revolution in einem mehr oder weniger eruptiven Prozeß vollziehen. Die Beantwortung der Frage, welchen Charakter eine soziale Revolution haben wird, setzt also konkrete Aussagen über die jeweiligen Produktionsverhältnisse und ihr objektives Verhältnis zu den entfalteten Produktivkräften, über die politischen Strukturen und nicht zuletzt über das Bewußtsein der Herrschenden wie der Beherrschten voraus.

VI. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse

Wie sinnvoll der allgemeine Begriff kapitalistische Produktionsverhältnisse ist, zeigt sich, wenn man sich deren äußerliche Veränderungen seit jener Zeit vergegenwärtigt, in der Marx die kapitalistische Gesellschaft analysierte, zumal wenn wir diesen Begriff jener platten Betrachtungsweise entgegensetzen, welche die formalen Eigentumsverhältnisse als wesensbestimmendes Kriterium des Kapitalismus annimmt.

Zwar finden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ihren juristischen Ausdruck in dem Recht des privaten Eigentums, welches gesellschaftliche Produktionsmittel in privates Kapital verwandelt. Doch ist weder die private

Nutzung fremder Arbeitskraft noch die bloße Verfügung über fremde Arbeitskraft das wesensbestimmende Kriterium kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Entscheidend ist vielmehr die durch die Produktionsverhältnisse bestimmte Aneignungs- und Verwendungsweise des gesellschaftlichen Mehrwerts. Exzessiver Unternehmerkonsum und freie Verfügung einzelner Eigentümer über große Mengen von Produktionsmitteln wie über die Arbeitskraft zahlreicher Arbeiter sind lediglich sekundäre historische Phänomene, die nicht notwendig zu jeder Phase des Kapitalismus gehören, ja, die das allgemeine Bild nur verwirren.

Ein Zentralbegriff der Marx'schen Theorie ist der des Mehrwertes. In jeder dynamischen Wirtschaft — d. h. in jeder Gesellschaft, in der sich die Produktivkräfte entfalten —, wird nur ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Arbeitskraft zur Erzeugung von Konsumgütern verwendet. Der verbleibende Teil, Mehrarbeit genannt, dient zur Herstellung von Investitionsgütern — wir sehen von gewiß nicht uninteressanten Gütern wie Kriegsmaterial sowie auch vom Unternehmerkonsum in diesem Zusammenhang ab. Die Investitionsgüter — Maschinen, Apparaturen, Fabriken usw. — sind der entscheidende, produktive Teil des Mehrwerts. Die gegenüber dem Anspruch des Begriffes Volkswirtschaft irrationale Art und Weise der Aneignung dieser Investitionsgüter, vermittelt durch das kapitalistische Geld- und Kreditsystem, macht das Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aus.

Da die Betriebe nur selten die von ihnen investierten Güter selbst produzieren, stellt sich, vereinfacht, die Frage, wie die einzelnen Investitionsgüter zu jenen Betrieben gelangen, die sie benötigen. Mit ihr wird zugleich die Frage beantwortet, in welchem Sinn und in wessen Interesse produziert wird. In einer vernünftigen Gesellschaft, in welcher der Anspruch der Wirtschaft, Volkswirtschaft zu sein, verwirklicht wäre — in einer solchen Gesellschaft würden die dazu berufenen Repräsentanten des Volkes über die ganze Investitionsgüterproduktion insgesamt verfügen und sie jenen Bereichen der Produktion zuführen, in denen sie am sinnvollsten zur Ausweitung der Produktion, zur Steigerung der Produktivität oder zur Erleichterung der Arbeit verwendet würde. In der kapitalistischen Wirtschaft dagegen werden die Investitionsgüter teils unmittelbar über die Unternehmergewinne, teils mehr oder weniger mittelbar auf dem Wege der Ersparnisbildung angeeignet. Die Unternehmensprofite dienen (soweit sie nicht „ausgeschüttet" werden) im wesentlichen direkt zur Finanzierung der Investitionen. Die Unternehmung kann und wird tendenziell um so mehr investieren, um so höher ihre Gewinne sind. Aber auch dort, wo eine Unternehmung ihre Investitionen über den Kapitalmarkt finanziert, sind diese an die Profite gekettet, denn das Finanzkapital strömt im wesentlichen dorthin, wo die größte Rendite zu erwarten ist.

Zum Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gehört es also, daß eine Unternehmung tendenziell um so mehr investiert, je höher ihre Gewinne sind. Der gesamtwirtschaftliche Mehrwert wird nicht gesamtwirtschaftlich angeeignet, um dann an die einzelnen Betriebe je nach ihrem Bedarf verteilt zu werden, sondern er wird — gleichgültig, ob durch einen einzelnen privaten Eigentümer, durch eine private Aktiengesellschaft, durch ein kapitalistisches Unternehmen in Staatsbesitz oder gar durch einen belegschaftseigenen Betrieb, der aber nach Maßgabe der erwirtschafteten Gewinne investiert („Betriebsegoismus!") — einzelwirtschaftlich angeeignet, entsprechend den Erträgen der Einzelunternehmung.

Im Kapitalismus ist der Unternehmensprofit das Bestimmungskriterium für die Aneignung des gesellschaftlichen Mehrwerts und damit für das Ausmaß der Investitionen einer Unternehmung. Die liberale Theorie hielt, die vollkommene Konkurrenz voraussetzend, dieses System für vernünftig, da ihr zufolge hohe Profite einer Unternehmung aus hoher Nachfrage der Käufer oder aus rationellster Kapitalnutzung resultierten. Aber selbst wenn man die zahlreichen, sich hier stellenden Probleme übergehen und dem zustimmen würde, war diese Theorie unrealistisch, da ein System vollkommener Konkurrenz extrem instabil ist und sich rasch in ein obligopolistisches verwandelt. In der Realität jeder kapitalistischen Marktwirtschaft ist die Profithöhe einer Unternehmung günstigstenfalls Resultante zufälliger Marktverhältnisse, mit der Entwicklung des Kapitalismus aber tendenziell Ergebnis von auf ökonomischen und politischen Machtpositionen beruhenden Manipulationen. Eine Proportionalität zwischen der (vor dem Interesse der gesamten Gesellschaft) vernünftigen Kapitalinvestition eines Betriebes und der Höhe seiner Gewinne besteht in keiner Weise. Die Investitionsweise der kapitalistischen Wirtschaft vermittelt sich nach Kriterien, die alles andere als rational sind. Ergebnis dieser Irrationalität der Investitionsweise sind — um es hier nur ganz kurz anzudeuten — ökonomische Krisenerscheinungen, sind Tatbestände wie diese, daß die einen Betriebe, die vernünftigerweise entfaltet werden sollten, unter Kapitalmangel leiden, und andere Überkapazitäten von manchmal über hundert Prozent aufweisen, daß gleichzeitig und am selben Ort Menschen ohne Arbeit und Maschinen ohne Arbeiter sind, von der Tendenz der Schwerindustrie, bei schrumpfender Nachfrage auf Erhöhung der staatlichen Rüstungsausgaben zu drängen, ganz abgesehen.

Die Neigung, ja in manchen Phasen der Zwang zur Auspowerung der Arbeitskräfte; Macht-, Konsum- und Bildungsprivilegien; die Perpetuierung von Herrschaft im oben definierten Sinne; die Notwendigkeit eines komplizierten Apparates zur Unterdrückung, zur Manipulation derjenigen, die potentiell an der Veränderung der Produktionsverhältnisse interessiert sind — ganz allgemein das Ausgeliefertsein mehr oder weniger aller Menschen gegenüber jenem blinden, schicksalhaft erscheinenden Walten, das gesellschaftliche,

politische und wirtschaftliche Entwicklung genannt wird, all dies ist heute weitgehend Wirkung jener strukturell bedingten Irrationalität, die auf dem Prinzip der einzelwirtschaftlichen Aneignung des gesellschaftlichen Mehrwerts beruht.

Es ist hier nicht der Ort, näher auf die komplizierte Vermittlung dieser Phänomene aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen einzugehen. Es kam nur darauf an, den Begriff kapitalistische Produktionsverhältnisse zu klären, deren Veränderung das Ziel aller sozialistischen Strategie ist. Es wurde gezeigt, daß die Produktionsverhältnisse zur Konstanz neigen und sich nur unter dem Druck sich entfaltender Produktivkräfte verändern — genauer gesagt unter dem Druck der an dieser Entfaltung interessierten Menschen —, wobei die Anpassungsfähigkeit der Herrschenden entscheidend ist dafür, ob die Veränderung der Produktionsverhältnisse die totale politische Machtübernahme durch die Sozialisten zur Voraussetzung hat oder nicht. Dabei mag die historische Erfahrung vor allzu schnellen Schlüssen warnen. Einige historische Phänomene seien hier kurz diskutiert.

Begreift man die Produktionsverhältnisse oberflächlich als Eigentumsverhältnisse — Marx hatte dies häufig im Auge, wenn er von jenen sprach, und die Sozialdemokraten wie die Kommunisten neigten gar dazu, beide gleichzusetzen —, dann liegt die Annahme nicht weit, daß soziale Revolution den politischen Kampf auf Biegen oder Brechen gegen die Eigentümer voraussetzt. Ohne sich um sozialdemokratische Dogmen zu kümmern, hat jedoch die ungeplante historische Entwicklung der letzten hundert Jahre den privaten Eigentümer weitgehend seiner Funktion beraubt, wobei das Privateigentum formal nicht angetastet worden ist. Die Tatsache, daß dieser allmähliche Prozeß sogar zur Aufrechterhaltung der Privilegien eines Teiles der Eigentümer diente, spricht nur für die List des „Weltgeistes". Zwar haben in der Mehrzahl der Aktiengesellschaften noch immer ein oder mehrere Minderheitsaktionäre die Verfügungsgewalt qua Eigentum in den Händen; die Tatsache, daß es daneben reine Managerunternehmen gibt, welche sämtliche Eigentümer auf kaltem Wege ihrer Verfügungsgewalt beraubt haben, genügt jedoch schon, um die prinzipielle Möglichkeit evolutorischer Entmachtung von Privilegierten nachzuweisen. Gewiß entstehen in solchen emanzipierten Managern neue Privilegierte mit konservativen Interessen, und ihre Machtstellung übertrifft häufig noch die großer Eigentümer. Ihr Einfluß auf den Staatsapparat ist nicht zu unterschätzen. Doch darf auch dies nicht verabsolutiert werden. Die Tatsache z. B., daß im England der 30er Jahre eine konservative Regierung die Stahlindustrie zum staatlich beaufsichtigten Zwangskartell mit Gewinnpoolung[2]) umgewandelt hat und daß es nach 1945 der Labourregierung gelungen war, ihre Kontrolle über dieses Kartell durch dessen formale Verstaatlichung auszudehnen, spricht für die weitgehende Fähigkeit der jeweils Privilegierten, sich auf evolutorische Weise den Erfordernissen einer vernünftigen Produktion anzupassen — wenn als ultima ratio die Wirtschaftskrise mit dem Risiko des politischen Umsturzes droht. Möglicherweise hat gerade die Marx'sche Umsturzstrategie, auf der These der tendenziellen konservativen Erstarrung der Produktionsverhältnisse beruhend, mitgewirkt, diese Erstarrung in der Realität zu verhindern.

Man wird einwenden, daß alle diese Anpassungen der Produktionsverhältnisse deren Wesen, die einzelwirtschaftliche Weise der Mehrwertaneignung, nicht berührt hat. Dem kann aber entgegengehalten werden, daß es heute einen je nach Land mehr oder weniger großen Bereich der Wirtschaft gibt, in dem die Koppelung von Investitionen und Gewinnen grundsätzlich beseitigt worden ist, und dessen Kapitalbedarf, prinzipiell an den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft gemessen, über den Staatshaushalt, d. h. gesamtwirtschaftlich, befriedigt wird. Öffentlicher Transport und Nachrichtenverkehr, Straßenbau, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung sind in fast allen kapitalistischen Ländern dem Prinzip der kapitalistischen Aneignungsweise entzogen. Gewiß geschah diese „Sozialisierung" nicht zuletzt im Interesse anderer kapitalistischer Wirtschaftszweige. Doch was besagt das schon? Warum soll es nicht in einer bestimmten historischen Situation, z. B. im Interesse der Konsumgüterindustrie, liegen, daß ihre ungestörte Belieferung mit Investitionsgütern durch eine derartige „Entkapitalisierung" der Schwerindustrie sichergestellt wird? Es dürfte schwerfallen, den prinzipiellen Beweis zu führen, daß dergleichen unmöglich sei.

Diese Argumentation mit historischen Beispielen hat nicht die Stringenz theoretischer Deduktion. Es galt jedoch hier nur, die üblichen verfestigten Vorstellungen von der Veränderbarkeit der Produktionsverhältnisse zu erschüttern und zu zeigen, in welch vielfältiger Weise der soziale Transformationsprozeß ablaufen, in welch mannigfacher Weise sich die soziale Revolution vollziehen kann. Betrachten wir noch einmal das letztgenannte Beispiel: Wenn es denkbar ist, daß die Schwerindustrie eines Landes mit der Zustimmung eines Teiles der Herrschenden „entkapitalisiert" wird, daß in ihr die einzelwirtschaftliche Aneignung des Mehrwerts durch dessen gesamtwirtschaftliche Aneignung ersetzt wird, so drängt sich, abgesehen von dem für Sozialisten entscheidenden Problem der demokratischen Kontrolle[3]) die Frage auf, welches dann die herrschenden Produktionsverhältnisse des betreffenden Landes sind. Sicher würde in einem solchen Fall heftig über die akademische Frage diskutiert werden, ob jene Gesellschaft noch als kapitalistisch zu bezeichnen wäre, d. h. ob sich die soziale Revolution bereits vollzogen habe oder nicht. Mag diese Antwort im konkreten Fall lauten, wie sie wolle — die Tatsache, daß solch eine Diskussion überhaupt möglich werden kann, ist Veranlassung genug, die engen Marx'schen Vorstellungen von dem Charakter der sozialen Revolution zu revidieren.

Die These, daß die soziale Revolution sich n u r im Gefolge der sozialistischen Machtergreifung vollziehen kann, läßt sich nach all den vorangegangenen Einwänden nicht aufrechterhalten.

VII. Umrisse einer Diskussion der Marx'schen Strategie

In den vorangegangenen Kapiteln ist versucht worden, die grundlegenden Probleme und Fragestellungen einer sozialistischen Strategie zu umreißen und ihre hauptsächlichen Begriffe zu klären. Es können nun die Details der Marx'schen Strategie mit ihren theoretischen Voraussetzungen diskutiert werden. Zuvor sollte man sich den funktionalen Zusammenhang dieser Details vergegenwärtigen und aus ihm die Themen der anschließenden Diskussion bestimmen.

Das objektive Interesse der Klasse der Privilegierten, der Kapitalisten, an der Erhaltung der bestehenden Produktionsverhältnisse, und das objektive Interesse der Klasse der Beherrschten, des Proletariats, an der Beseitigung ihrer Beherrschung und damit an der Veränderung der Produktionsverhältnisse konstituieren den strukturellen Klassengegensatz der kapitalistischen Gesellschaft. Die begriffliche Differenz zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften wird durch diesen fundamentalen Interessengegensatz zum Antagonismus verschärft, der nur mit der Beseitigung der Klassen aufgehoben werden kann. Das Thema des sozialen Wandels wird vom Klassenkonflikt bestimmt. — Die Marx'sche Klassentheorie ist nicht weit genug entfaltet, um heute konkrete strategische Prinzipien eines sozialrevolutionären Klassenkampfes vermitteln zu können.

Der zweite strukturelle Konflikt der kapitalistischen Gesellschaft besteht in der Konkurrenz der fungierenden Kapitalisten — seien es personale Eigentümer, seien es Unternehmungen (juristische Personen!) — um einen möglichst großen Anteil am gesamtwirtschaftlichen Mehrwert. Diese Konkurrenz führt zur Zentralisation des Kapitals (im allgemeinen Sprachgebrauch Konzentration genannt), da derjenige, der in einer Konkurrenz-„Runde" sich den größten Teil des produzierten Mehrwerts anzueignen vermocht hat, für die nächste „Runde" die relativ beste Ausgangsposition hat. — Diese sogenannte Konzentrationstheorie ist von den Marx'schen Theorien diejenige, die sich am ungebrochensten realisiert hat.

Die Konzentrationstendenz bewirkt, daß das Proletariat zur überwiegenden Mehrheit des Volkes anwächst und die Kapitalistenklasse zur verschwindenden Minderheit zusammenschrumpft. — Diese These ist insofern etwas problematisch, als sie ignoriert, daß das entscheidende Merkmal des Kapitalisten nicht sein Eigentum an Kapitalgütern oder seine uneingeschränkte Verfügungsgewalt über Kapitalgütern ist, sondern seine mit Privilegien honorierte, oft sehr begrenzte Funktion im Rahmen der einzelwirtschaftlichen Aneignung des Mehrwerts. Das Schrumpfen der Zahl der Unternehmungen korrespondiert nicht mit einer Verringerung der Zahl der personalen Delegierten des kapitalistischen Prinzips.

Gleichwohl sind die Nicht-Kapitalisten in der großen Überzahl. Da sie objektiv an einer Transformation der Produktionsverhältnisse interessiert sind, bedarf das herrschende System zu seiner Selbsterhaltung besonderer Mittel und Methoden, unter denen die ideologische Verschleierung der Klassenverhältnisse dominiert. — Welches komplexe Thema hier angeschnitten wird, läßt die gegenwärtige Strapazierung der Begriffe „Meinung", „Verhalten" und „public relations" erkennen. Die Veränderung des Ideologie-Begriffes in einer Meinungen produzierenden und konsumierenden Gesellschaft erfordert eine weitgehende Revision überkommener Vorstellungen.

Die zunehmende Akkumulation des Kapitals bewirkt nach Marx eine ebensolche Zunahme der industriellen Reservearmee. Eine entscheidende Verbesserung der materiellen Lage des Proletariats ist im Kapitalismus nicht möglich. Vielmehr führen die ständigen, immer heftiger werdenden Krisen zu zunehmender Verelendung. Das System ist nicht in der Lage, diesen Krisen zu entkommen. — Diese Thesen gehören zu den fragwürdigsten der Marx'schen Theorie. Einmal verlangt die sogenannte Verelendungstheorie eine fundamentale Diskussion der Marx'schen ökonomischen Theorien, wobei sich die ganz primäre Frage stellt, ob die Marx'sche Vermittlung zwischen seiner Werttheorie (Äquivalententausch) und den Bewegungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft zureichend ist. Zum anderen steht vornehmlich das moderne Instrumentarium einer antizyklischen Wirtschaftspolitik zur Debatte mitsamt seinen über den Kapitalismus hinausweisenden Tendenzen. Allerdings ist die Frage, o b die Herrschenden die Krisen verhindern w e r d e n, weniger eine Frage abstrakter ökonomischer Möglichkeiten denn der jeweiligen politischen Verhältnisse.

Krisen und Verelendung zerreißen den ideologischen Schleier über der Gesellschaft. Von ihrem individuellen Schicksal ausgehend beginnen die Proletarier die Gesellschaft zu durchschauen und ihre eigene Klassenlage zu erkennen. Sie entfalten ein Klassenbewußtsein, beginnen sich als Klasse zu organisieren und als Klasse zu handeln. — Die hier postulierten Zusammenhänge zwischen Realität und Bewußtsein erscheinen uns heute als äußerst fragwürdig. Die Probleme von Mentalität und Ideologie, von Bewußtsein und Handeln stehen dabei zur Debatte. Ganz allgemein fordert die Vorstellung von der A u f k l ä r u n g als entscheidendem Instrument der sozialistischen Politik die Kritik heraus. Mit dieser Frage nach der politischen Funktion der Aufklärung steht und fällt ein wesentlicher Teil der Marx'schen Strategie.

Die herrschende Klasse entfaltet alle im Schoße ihrer Gesellschaft ruhenden Kräfte, um die bestehenden Produktionsverhältnisse zu verteidigen. An einem Punkt aber wird

die kapitalistische Hülle unverträglich mit den entfalteten Produktivkräften, sind die Kapitalisten mit ihrem Latein am Ende. — Schon die Vorstellung von einer als Kollektiv handelnden herrschenden Klasse muß relativiert werden, setzt sie doch voraus, daß sich die herrschende Klasse in der akuten Auseinandersetzung als Kollektiv angegriffen sieht. Die Beispiele des vorigen Kapitels veranlassen zu einer gründlichen Revision solcher Vorstellungen von Klasse und Klassenkampf, die aus der Anschauung von Bürgerkriegen in einer extrem unintegrierten Gesellschaft gewonnen worden sind.

Wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen, zerbricht die kapitalistische Ordnung. Die bewußte Umgestaltung der Gesellschaft durch das Proletariat wird möglich. — Unsere bisherige Diskussion kann dahingehend resümiert werden, daß eine solche Form der sozialen Revolution nur als eine von verschiedenen möglichen verstanden werden darf.

Der Staat gilt als Ausschuß der herrschenden Klasse zur Wahrnehmung ihrer kollektiven Interessen. Er vermag also nicht gegen wesentliche kapitalistische Interessen zu verstoßen. In der entscheidenden Auseinandersetzung steht er unbedingt an der Seite der herrschenden Klasse. — Die These von einer solchen Rolle des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft läßt sich gewiß nicht aufrechterhalten. Das Problem erfordert eine wesentlich differenziertere Untersuchung. Es handelt sich dabei vor allem um die Frage nach der „Verselbständigung" des Staatsapparates. In diesen Zusammenhang gehören auch das Problem der Integration der Arbeitnehmerorganisationen in den Staat sowie alle jene Phänomene, die heute von zahlreichen Soziologen im Sinne einer Pluralismustheorie gedeutet werden.

Auf den hier skizzierten Thesen beruht die ursprüngliche sozialdemokratische Klassenkampftheorie, deren Relikte in der modernen, säkularisierten Sozialdemokratie zu erkennen sind, die aber vor allem das strategische Denken der linken Sozialisten Westeuropas auch heute noch weitgehend beherrscht.

Dies sind die wesentlichen Grundsätze:

Der Versuch, eine allmähliche, schrittweise Transformation der Gesellschaft zu bewirken, ohne die Macht der herrschenden Klasse gebrochen, ohne den Staat erobert zu haben, ist aussichtslos. Er kann keinen Erfolg haben und verführt nur das Proletariat zu einer versöhnlerischen, opportunistischen Politik, zur Kapitulation.

Einzige Aufgabe der sozialistischen Bewegung in der Phase vor der Machtergreifung ist die Verschärfung der Gegensätze und die Entlarvung der realen Verhältnisse, um das proletarische Klassenbewußtsein auszubreiten: Aufklärung mit den Mitteln der Entlarvungstechnik und Schürung der unversöhnlichen Feindschaft gegen das bestehende System.

Der Kampf um soziale Reformen — z. B. um den Acht-Stunden-Tag — dient nur zur Stärkung des Einflusses der sozialistischen Bewegung auf das Proletariat, zu dessen Schulung im Klassenkampf und zur Verschärfung der Klassenkonflikte.

Politische Reformen — gleiches Wahlrecht usw. — dienen zur Effektivierung der Agitation. Wahlkämpfe und Parlamentsreden haben nur agitatorische Bedeutung.

Ziel dieser Gewinnung der Massen, ihrer Organisierung zur bewußt handelnden Klasse, ist die Eroberung der Staatsmacht mit ihrer Hilfe.

Daß mit dieser Strategie heute in Westeuropa nichts mehr anzufangen ist, kann schwerlich bestritten werden. Es wäre wohl auch zu fragen, ob sie in den Anfängen der Arbeiterbewegung bei strengerer theoretischer Analyse der damaligen Verhältnisse haltbar gewesen wäre. Das völlige Versagen der nach ihren Prinzipien aufgebauten Arbeiterbewegung, gemessen an den Zielen der Strategie, bedeutet jedenfalls heute das Scheitern dieser Strategie. Damit ist zugleich das Prinzip der Umgestaltung der Gesellschaft durch die Massenorganisationen der Arbeitnehmerschaft in Frage gestellt, dessen klassische Formulierung lautete: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!".

Man sollte nicht meinen, bei einer gründlichen Revision der überkommenen sozialistischen Vorstellungen würde „nicht so heiß gegessen wie gekocht".

[1]) In der klassisch-sozialistischen Literatur ist im allgemeinen nicht von Strategie, sondern von Taktik die Rede. Für eine politische Bewegung mit langfristigen Zielen erweist sich aber die Trennung der Begriffe Strategie und Taktik als sinnvoll: Strategie ist das politische Konzept, das den Weg vom Ausgangspunkt bis zum Ziel beschreibt; Taktik hingegen bestimmt das tagespolitische Vorgehen, das sich zugleich an der Strategie und an der sich ändernden Wirklichkeit orientiert, das Strategie und Wirklichkeit vermittelt. Die Strategie gilt grundsätzlich so lange, bis das Ziel erreicht ist, wenngleich sie sich der Forderung nach permanenter Überprüfung und Revision unterwerfen muß. Das Wesen der Taktik besteht dagegen in deren dauerndem Wechsel.

[2]) Gewinnpooling bedeutet, daß die Gewinne der einzelnen Unternehmungen des Kartells in einen Topf geworfen und dann neu verteilt werden.

[3]) Dieses zentrale Problem des Sozialismus hängt nicht unmittelbar von der Fragestellung: kapitalistisch oder nichtkapitalistisch ab. Überwindung des Kapitalismus ist die ökonomische Voraussetzung des Sozialismus.

▶ DIE KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG, DER OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER, gab den

„OSTERMARSCH-KALENDER 1964"

heraus.

16 Blätter mit Fotographien, Graphiken und Dokumenten. Schwarz/Weiß bis Vierfarbendruck 30x30 cm DM 4,50
Ein Kalender, der nicht nur für Sie interessant ist, sondern auch ein sinnvolles Geschenk für Ihre Freunde sein wird.

Senden Sie Ihre Bestellung bitte an den Geschäftsführer der KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG, Dr. Andreas Buro, 8 München 55, A.-Vöst-Straße 5.

Der alte Marx und die neue Linke

Fritz Lamm

Der Marxismus ist nur zu begreifen als System — „in großen Zügen". Marxens allgemeine Einsicht auf einzelne Gebiete oder begrenzte Zeitabschnitte zu übertragen, erzeugt jene Kurzsichtigkeit, die den Freund zu Fehlurteilen und Enttäuschungen verleitet und die dem Gegner ermöglicht, mit dem Herauspolken einzelner Steine scheinbar das ganze Gebäude zu zerstören.

I Am Beispiel: Geschichtsauffassung

Niemand wird die Punischen Kriege, den Dreißigjährigen Krieg oder die beiden großen Kriege in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts als Klassenkämpfe deuten können. Allerdings fanden sie in Epochen statt, die durch bestimmte Klassenkämpfe zu kennzeichnen sind.

Marx kam zu der Erkenntnis, daß wesentliche gesellschaftliche **Umwälzungen erfolgen, wenn die politischen, sozialen und geistigen Zustände nicht mehr den Möglichkeiten und den Notwendigkeiten der weiterentwickelten Produktionsweise entsprechen. Angewandt auf unsere Gegenwart, ergibt** sich daraus:

1. daß wir in einer äußerst zugespitzten revolutionären Epoche leben, die durch viele antagonistische und anachronistische Züge gekennzeichnet ist;
2. daß der „Sprung" von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung noch nicht vollzogen werden „mußte".

*

Marx und Engels haben nicht ahnen können, welche wissenschaftlichen, technischen und damit ökonomischen und politischen Möglichkeiten innerhalb der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse noch entdeckt und entwickelt werden konnten. Sie irrten daher in der Annahme, daß die sozialistische Revolution nahe bevorstehe, wie Columbus sich irrte, als er glaubte, den Westen Indiens erreicht zu haben. Aber die Grundvorstellung, von der Columbus ausging, daß die Erde rund sei, war richtig — sie war aber größer, als Columbus wissen konnte.

Vergleichsweise beruhte also Marxens Irrtum darin, daß er den Globus der kapitalistischen Produktionsweise für viel kleiner halten mußte, als er in Wirklichkeit war. Aber die Grundvorstellung, nämlich, „daß die Bourgeoisie nicht existieren kann, ohne sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse zu revolutionieren", war dennoch richtig. Erst jetzt, mehr als hundert Jahre, nach dem diese Worte im Kommunistischen Manifest niedergeschrieben waren, „reißt die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen, alle, auch die barbarischsten Nationen, in die Zivilisation" — gewiß — unter völlig anderen, in hundertjähriger Geschichte gewordenen Voraussetzungen.

II Am Beispiel: Verelendung

Der Globus, über den Marx verfügte, ließ ihn die Folgen der Akkumulation und Konzentration des Kapitals in viel zu kleinem Raume sehen. Aber im Wesen war der Prozeß richtig erfaßt, wenn sich auch unter den konkreten neuen Bedingungen die Verelendung des Proletariats nicht absolut ergab. Der Kapitalismus entfaltete ungeahnte Möglichkeiten, steigerte bei heftigen sozialen Auseinandersetzungen den allgemeinen Lebensstandard in den Industrienationen, veränderte damit die gesellschaftliche Lage und das Bewußtsein des Proletariats in anderer Weise, als Marx angenommen hatte.

Der wachsende Reichtum der gesamten Gesellschaft in den entwickelten kapitalistischen Ländern — auf Kosten der zurückgebliebenen — hat bewirkt, daß

1. die unselbständig Erwerbstätigen (obwohl neue unproduktive selbständige Berufe entstanden sind) zahlreicher wurden und daß deren prozentualer Anteil am allgemeinen Reichtum scheinbar dennoch gestiegen ist;
2. gewerkschaftliche und politische Erfolge möglich waren, ohne sozialistisch-revolutionäre Folgen zu haben;
3. das Bewußtsein der Arbeitnehmerschaft sich reformistisch bis sozial-kapitalistisch anpaßte, als Voraussetzung — und auch wieder Folge — für das Hineinwachsen der sozialdemokratischen Bewegung in die parlamentarische Demokratie — und schließlich in die bürgerliche Wirtschaft;
4. die „öffentliche Hand" erst regulierend, dann mehr und mehr selbst wirtschaftend neben die großen Kapitalgesellschaften trat, und damit
5. der Staatsapparat nicht mehr kraß und eindeutig als Instrument der herrschenden Klasse erschien, sondern die gemeinsamen nationalen Interessen sozial regulieren, ordnen und verteidigen mußte (der Arbeiter bekam ein Vaterland);
6. mit zunehmender Rationalisierung sich Schichtverschiebungen im Proletariat ergaben und
7. bei steigendem Lebensstandard also weder Klassenlage noch Klassenbewußtsein zu revolutionärer sozialistischer Umgestaltung „drängte".

So haben sich Reformismus und Revisionismus ohne jegliche Strategie durchgesetzt.

III Am Beispiel: Klassenkampf

Blicken wir heute durch die Fernrohre, die den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus zur Verfügung standen und nicht durch die — nach Umwälzung sämtlicher Verhältnisse in mehr als hundert Jahren — uns gegebenen, dann erhalten wir ein schiefes Bild der Wirklichkeit.

Anders ausgedrückt: verzichten wir darauf, unsere Gegenwart zu analysieren, wie Marx es so fruchtbar zu seiner

Zeit tat, dann ist unsere Kritik so revisionistisch wie die der Revisionisten, die wir kritisieren — auch dann, wenn wir das revolutionär-sozialistische Bewußtsein pflegen, das den Revisionisten in der tatsächlichen Geschichte abhandengekommen ist. Die unhistorische Betrachtungsweise ermöglicht und verleitet dazu, nachträglich eine Strategie in die sozialistische Bewegung hineinzudeuten. Sie drängt den Trugschluß auf, daß die sozialdemokratische Bewegung eine „sozialistische Strategie" hatte und daß diese falsch oder ungenügend gewesen sein muß, weil die Klasse ihr Ziel nicht erreicht, die Bewegung versagt hat. Eher könnten wir feststellen, daß das Versagen die Folge davon ist, daß es diese Strategie nicht gegeben hat — oder richtiger: weil die Führung sich der kritischen Methode nicht bedient hat. Die Revisionisten haben dem Marxismus den dialektischen Geist und die revolutionäre Idee herausoperiert und verkleinerten ihn damit zu der Glaubenslehre vom Automatismus der Ökonomie. Sie vertrauten darauf, daß die Bewegung an sich schon zum Ziele führe. Sie glaubten so sehr an die mechanische Selbstentfaltung der sozialistischen Revolution, daß sie darauf verzichteten, Revolutionäre zu sein. Ihre halbstarken Epigonen waren dann pfiffig genug, die Folgen dieser Beschneidung dem Marxismus aufzubürden und so ihre sozialistische Vergangenheit zu bewältigen.

Ich bin dagegen, daß wir den Begriff Strategie verwenden; nicht weil er aus der militärischen Fachsprache kommt und bei uns preußisch-deutsche Assoziationen hervorruft, sondern weil er falsch ist. Daß eine Partei die Mehrheit erringen und regieren will, hat mit Strategie noch wenig zu tun. Der Militärstratege rechnet mit der ungefähren Gleichheit der Kräfte und der Mittel. Ist der Gegner wesentlich schwächer, so wird er nicht angreifen; ein Angriff auf den Schwachen wäre ein Überfall ohne das Risiko einer ernsthaften Gegenwehr. Kriege brechen aus, wenn beide Seiten hoffen können, zu siegen, also bei etwa gleichen Kräften. „Sozialistische Strategie" müßte sich von militärischer wesentlich unterscheiden. Zwar ist auch diese insofern hypothetisch, als der Stratege nur vermuten kann, was der Gegner tun, ob er offensiv oder defensiv kämpfen wird, wo er seine Stärken und wo er seine Schwächen sieht und welche unvermuteten Reserven er hat oder erstellen kann. Dem Militärstrategen ist aber das Gebiet bekannt, auf dem gekämpft wird. Es mag Tarnungen und Täuschungen geben, aber im großen und ganzen ist das Gelände fixiert. In den großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verändert sich aber ständig das Gelände selbst. Darum ist die stetige Überprüfung des gesellschaftlichen Bodens für die Kritik und Entwicklung der eigenen Praxis unerläßlich.

(In kurzen Zeitabschnitten des akuten Kampfes um die politische Macht ist Strategie möglich und erforderlich. — Auch die Bolschewiki haben während des Bürgerkrieges und nach dem Siege diese Tücke des historischen Geländes schnell erfahren und mußten sich häufig und schnell auf die konkrete Situation umstellen. Damit endete auch ihre Strategie. Mit einer aus unserer Zeit rückblickenden marxistischen Analyse müßten die Linken auch erklären, daß und warum sozialistische Revolutionen und Herrschaftsformen — entgegen der Entwicklung im Westen — sich gerade in den Ländern durchsetzen konnten, deren gesellschaftliche Zustände denen glichen oder sich annäherten, in denen Marx und Engels am Beginn ihrer politischen Arbeit wirkten. Die durch ihre primitiven und rückständigen Bedingungen pervertierten staatssozialistischen Systeme schreckten große Teile der Arbeiterbewegung in den liberal-demokratischen Ländern — sogar in Krisenzeiten — derart ab, daß damit zusätzlich ein politischer Faktor geschaffen war, sich nicht nur von der „sozialistischen Strategie", sondern vom Sozialismus überhaupt abzuwenden. Anstatt die Verhältnisse und deren Folgen marxistisch zu durchleuchten, begnügten sich die Linken vorwiegend mit moralischen Urteilen. Die kritische Erkenntnismethode auf die eigene Bewegung anzuwenden, blieb ihnen — auch im Osten — tabu.)

Unterstellt man der deutschen Arbeiterbewegung eine Strategie, so müßte man hinzufügen, daß sie diese mindestens seit 50 Jahren nicht mehr angewandt hat. Bei den anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien wird niemand auch nur versuchen, eine Strategie entdecken zu wollen. Der Gedanke an solche Kriegsregeln war den demokratischen Sozialisten auch theoretisch nicht gegeben. Noch in der Schrift über die russische Revolution schrieb Rosa Luxemburg: „Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben, um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn freizumachen, welche Art hingegen die tausend konkreten, praktischen Maßnahmen sind, um die sozialistischen Grundsätze in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt kein sozialistisches Parteiprogramm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluß. Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen: das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte, die genau wie die organische Natur, deren Teil sie letzten Endes ist, die schöne Gepflogenheit hat, zusammen mit einem wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnis stets auch die Mittel zu seiner Befriedigung, mit der Aufgabe zugleich auch die Lösung hervorzubringen."

Marx schrieb in „Klassenkämpfe in Frankreich":

„Eine Klasse, worin sich die revolutionären Interessen der Gesellschaft konzentrieren, sobald sie sich erhoben hat, findet unmittelbar in ihrer eigenen Lage den Inhalt und das Material ihrer revolutionären Tätigkeit."

Welche Kriegskunst hätte denn die deutsche Arbeiterbewegung unter den Bedingungen des Drei-Klassen-Wahlrechts und im Kaiserreich entwickeln können? Agitation und Propaganda! — das war die ganze Strategie. Militante Parteien wie die Bolschewiki konnten zeitweise unter ganz anderen Voraussetzungen und Bedingungen strategische Pläne entwerfen, die der demokratischen Arbeiterbewegung fremd waren.

Ich bin auch gegen die Verwendung des Begriffs Strategie, weil er dazu verführt, Regeln, Anordnungen und Rezepte zu fordern, „eine Umwandlung der Gesellschaft planvoll durchzuführen" (Th. v. d. Vring: „Probleme einer neuen sozialistischen Strategie").

Eine derartige Forderung widerspricht meiner Auffassung von dialektischer Geschichtsbetrachtung und Klassenkampf. Eine Strategie für hundert Jahre Entwicklung des Kapitalismus und Liberalismus ist nicht möglich. Auch in der gegenwärtigen verschleierten Klassengesellschaft kann und wird es keine bundesdeutsche sozialdemokratische Strategie geben.

IV Am Beispiel: Konjunkturen

Auch vor 1914 gab es ein deutsches Wirtschaftswunder, das gut 35 Jahre gedauert hat. Erfolgreiche gewerkschaftliche und politische Kämpfe nährten im Proletariat noch die parlamentarischen Illusionen. Der Reformismus gedieh während dieser langen Periode der Konjunktur und eroberte nach 1890 schnell die Gewerkschafts- und Parteiorganisation. Da die politischen Druckmittel der — historisch schon überholten — Monarchie noch so mächtig waren, daß jeder Erfolg nur mit außerparlamentarischen Mitteln unter großen Opfern erreicht werden konnte, erschien die Sozialdemokratie noch revolutionär, als sie in ihrer tatsächlichen Substanz längst reformistisch war.

An den Parteischulen lehrten weiterhin die Marxisten; sie verliehen den theoretischen Zeitschriften ihre große Bedeutung und erwiesen sich als die geistige Qualität der sozialdemokratischen Bewegung — aber ihr Einfluß auf die Führung und Praxis der Partei wurde immer geringer.

Da die von Marx beschriebene regelmäßige Krisenfolge offenbar nicht mehr stimmte, erforschten die Marxisten die neuen Bedingungen und ergänzten die Theorie (Hilferding, Luxemburg, Sternberg). Die Linke blieb zuversichtlich, da sie erkannte, daß große politische Krisen herannahten.

In der Weimarer Republik, gefördert durch die Spaltung in Arbeiterparteien, haben die Linken mehr Energie darauf verwandt, die Revisionisten und Reformisten des Verrats zu bezichtigen als zu untersuchen, auf welcher veränderten Grundlage dieser „Verrat" allein möglich geworden war. Sie kämpften in Zeiten einer ständigen Krise, die sich nach kurzer Entspannung gewaltig zuspitzte; und sie hofften, daß damit die Massen wieder zu „revolutionärer Vernunft" kämen. Die KPD war aber durch die Abhängigkeit von der russischen Partei und von deren Interessen unfähig geworden, die Situation gründlich zu analysieren und politisch auszunutzen.

Trotz der Diskussionen in der Emigration, in den Konzentrations- und Gefangenenlagern, war die Linke nach 1945 nicht fähig, die wiederum veränderte, konkrete, tatsächliche Lage zu erfassen. Stolz auf ihre abstrakt richtigen marxistischen Kenntnisse, wunderte sie sich kaum darüber, daß sie immer recht hatte, während die Opportunisten erfolgreich auf dem Strome schwammen.

Es ist erfreulich, daß einige der in vielen Gruppen zerstreuten Sozialisten — vor allem jüngere Genossen, die weniger durch Erfahrungen vieler Niederlagen belastet sind — einen Weg aus der Frustration suchen, radikale Kritik und zeitgemäße Theorie fordern. Mangels einer sozialistischen Partei und geeigneter Aktionsmöglichkeiten in der Wirtschaftswunderheimat sind viele von ihnen so ungeduldig, daß sie in kleinen Gruppen mit irgendeiner politischen Aktivität sich befriedigen, um überhaupt etwas zu tun, ohne vorher geistige Grundlagen dafür zu schaffen. Sie begnügen sich häufig mit vorgefundenen Schablonen aus früheren Zeiten. Überzeugt von der „ewigen" Gültigkeit liebgewordener Vorstellungen, begabt mit bestem Willen und opfervollem Idealismus, ernennen sich diese Splittergruppen zum kommenden politischen Kraftzentrum, versenden in Rundschreiben die Wahrheit mit vielen Zitaten und erweisen sich so als neuer Aufguß der alten Linken.

Es genügt aber nicht, sich „Neue Linke" zu nennen, um eine zu sein; es genügt nicht, eine neue Partei aufzumachen oder vorzubereiten und da anzuknüpfen, wo die alte Linke vor und nach 1914 abgehängt wurde. Es genügt ebensowenig, diese Aktivität zu belächeln und die neuen Strategen mit scharfer Kritik zu zerfetzen, so nötig und nützlich das auch ist, um neue Irrwege und Enttäuschungen zu ersparen. Es gibt genügend separate Untersuchungen zur Erklärung unserer Zeit, die zu einem groben ausreichenden Bild zusammengefaßt werden können. Mit dieser Analyse und mit schonungsloser Selbstkritik des eigenen sozialistischen Bewegens ist es möglich, Ansatzpunkte zur Entwicklung allgemeiner und brauchbarer Perspektiven zu erarbeiten.

V Am Beispiel: Bewußtsein

Ich bestreite, daß alles so kommen mußte, wie es — und weil es so gekommen ist. Mechanismus und Zwangsläufigkeit sind der dialektischen Geschichtsauffassung so fremd wie die Schwachköpfe, die dem Marxismus diesen Unsinn unterstellen.

Daß sich „in großen Zügen" aber bestimmte Entwicklungstrends durchsetzen, ist unbestreitbar. Mit der Verselbständigung des Menschen und der Benutzung der Naturkräfte hat die technische Entwicklung begonnen, die sich nun als moderne Industrie über die Erde ausbreitet. Diese Entwicklung ist „durch den Kopf der Menschen hindurch" gegangen

und war nur mit ihm möglich. Menschliche Entscheidungen bestimmen über Form und Richtung des Fortschreitens zu höherer Kultur oder zum Untergang. Aus der Einsicht in diese Entwicklung „in großen Zügen" wird ein Mensch Sozialist. Er gibt seinem Leben Sinn und Inhalt, indem er den ihm geeigneten Platz in der Umwelt, in die er hineingeboren wurde, sucht, von dem aus er mit seiner schwachen Kraft mitwirken kann, der Erhaltung des Lebens und dem kulturellen Fortschritt zu dienen.

Es ist längst als frommes Märchen entlarvt, daß Menschen auf Grund ihrer Klassenlage ein dieser entsprechendes Bewußtsein — sozusagen von selbst — bekommen. Die Marxsche Feststellung von der sozialen Bestimmtheit des Bewußtseins besagt das Gegenteil von dem, wie es fast allgemein falsch gedeutet wird. Eine feudalistische Wirklichkeit erzeugt ein allgemein feudalistisches, eine kapitalistische Wirklichkeit ein allgemeines kapitalistisches Bewußtsein. Individuell sind dennoch große Unterschiede da: einer setzt das Geld im Lotto ein, das der andere als Gewerkschaftsbeitrag zahlt. Kapitalistisches Bewußtsein hat der Dieb ebenso wie der Polizist, der ihn verhaftet, und der Richter, der ihn verknackt. Mit kapitalistischem Bewußtsein kann einer Kommunist werden und ein anderer auf Vergeltung im Jenseits hoffen.

In Konjunkturzeiten neigt das allgemeine Bewußtsein nicht zu Experimenten. In Krisenzeiten gerät auch das Bewußtsein in Not und Unsicherheit, was keineswegs bedeutet, daß damit die Betroffenen nun radikal-sozialistische Klassenkämpfer werden. Im Gegenteil: Hilfsbereitschaft und Solidarität verkümmern häufig noch mehr, die krasse Selbstsucht wird noch stärker. Da die Vorstellungen und Vorurteile von Eltern und Großeltern auf den Gehirnen der Menschen lasten, folgen sie dann leicht der Reaktion, halten sie starke Männer in Stulpenstiefeln für Autoritäten und suchen sie Sündenböcke für ihr Mißgeschick. Von den Herrschenden, gegen deren System sie sich bei klarer Einsicht wenden müßten, werden sie geistig vernebelt — vom Bildfunk bis zur Bildzeitung, vom Katheder und der Kanzel bis zum Kino. In der Frühzeit des Kapitalismus beeinflußte vor allem die Kirche die Massen; für den Rest genügte noch Kerker und Knute. Mit dem Erstarken der Arbeiterklasse entstand das gewerkschaftliche und politisch-demokratische Bewußtsein. Dieses muß im Spätkapitalismus und besonders in Konjunkturzeiten keineswegs erhalten und gleich bleiben — bei wachsender Freisetzung von Arbeitszeit und anderen Folgen der Automation und bei den Reizen des Vergnügungs- und Sensationsbetriebs. Es ist schon geschwächt bei den jungen Arbeitnehmern. Das Vertrauen auf die revolutionäre Arbeiterklasse gibt für unsere konkrete Situation (die gewiß auch nicht „ewig" ist) viel weniger her, als die Genossen meinen, die ihre eigenen Vorstellungen für die der Massen halten, obwohl sie sich oft bescheiden und feststellen müssen, daß diese zur Zeit entpolitisiert sind und erst wieder erwachen müssen. Daß die „neue Linke" der Prinz sei, Dornröschen zu wecken und sich ihm zu vermählen, ist zunächst nur ihr — allerdings schöner — Traum.

Nicht die Klasse ist berufen, den Sozialismus zu verwirklichen, sondern die Sozialisten sind es. Dazu brauchen sie die politische Macht. Bei diesem Problem aber erweisen sich unsere neostrategischen Freunde als die rechten Revisionisten des Revisionismus. Durch die schlechte bundesrepublikanische Aussicht fast verzweifelnd, suchen sie weniger nach den Möglichkeiten, diese Macht zu bekommen, als nach einem Rezept, irgendwie ohne sie zum Sozialismus gelangen. Obwohl die großen politischen Entscheidungen nicht mehr in Europa — oder von Europa aus — getroffen werden, sondern von Machtzentren, in denen es nie eine sozialdemokratische Bewegung gegeben hat, blickt unsere Linke traurig auf die Restbestände der sozialistischen Bewegung. Und trotz der eigenen Schwäche und Isolation sucht diese Linke ein gültiges Rezept, hoffend, daß bei richtiger Strategie der sozialistische Phönix aus der sozialdemokratischen Asche steigen werde. Ich habe diese Wunschvorstellungen der im engen Kreidekreis gebannten — und hier nach erfolgreicher Aktivität drängenden — Genossen nicht; einen westdeutschen Sozialismus kann und wird es nicht geben — so wenig wie ein freies Sowjet-Luxemburg.

VI Am Beispiel: Revolution

Die Eroberung der politischen Macht ist ein Prozeß. Das Revolutionäre erweist sich am Ergebnis, nicht bei der Wahl der Mittel, welche zudem meist vom Gegner aufgezwungen werden. Theoretisch ist es unerheblich, ob die Macht legal demokratisch oder gewaltsam bei Zerfall der Wirtschaft und — meist infolge einer militärischen Niederlage — Zersetzung des Staatsapparats errungen wird. Die schematische Gegenüberstellung von Evolution und Revolution dient nur der politischen Demagogie ... Marx hat die Parlamentsentscheidung, die in England die Arbeitszeit auf zehn und eine halbe Stunde beschränkte, eine revolutionäre Tat genannt. Er hat die französischen Arbeiter ermahnt, in Bürgerkriegen von 10, 25 oder 50 Jahren nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, sondern zugleich ihr eigenes Bewußtsein. Als die Sozialdemokratie gegen Bismarcks Sozialgesetz stimmte, erklärte sie, daß diese Vorlage dem Druck ihrer zunehmenden Stärke zu verdanken sei — aber dennoch ungenügend. (Ganz anders die SPD 1957: Sie stimmte der Rentenreform zu, obwohl sie wesentliche Forderungen nicht durchsetzen konnte. Sie meinte: Da das Gesetz doch einige Verbesserungen bringe, könne die Bevölkerung denken, sie sei gegen diese, wenn sie dagegen stimme. Das Beispiel zeigt, wie die Partei kämpfend die Massen vorwärts drängt — oder ob sie ihnen nichts zutraut und zurückweicht.) Beim Erfurter Parteitag 1891 hatte Bebel gesagt: „Wir kämpfen um alles, was wir vom heutigen Staat erreichen können; aber was immer wir erringen, ist nur eine kleine Konzession und än-

dert an dem wahren Zustand der Dinge nichts. Wir haben das Ganze im Auge zu behalten. Jede neue Konzession hat für uns nur die Bedeutung und den Zweck, den Kampfboden, auf dem wir stehen, uns besser herzurichten. ... Jeden Fußbreit Boden, den ich in einem solchen Kampf erringe, jeden Vorteil, den ich mir erwerben kann, muß ich zu erzwingen suchen, um mich für den letzten Schlag um so kräftiger zu machen."

Wirkliche Reformen dienen dem Stimmenzuwachs und der Machtentfaltung der Partei. Sie werden sinnvoll durch die Absicht, die herrschende Klasse zu schwächen. Auch die KPD hat Reformen zugestimmt. Die sozialistische Partei müßte immer prüfen, ob ein politischer Schritt dem Ziele dient oder auf Abwege führt. Die Entscheidung ist nicht immer einfach; die Wirkung kann anders sein als erhofft war. Aber nur wenn die sozialistische Partei ständig ihre Praxis am revolutionären Ziele mißt, entgeht sie dem platten Opportunismus, der schließlich zum Selbstzweck wird. Reform an sich, z. B. eine Reform zur Erhöhung der Schlagkraft der Armee, dient sicherlich nicht dem Sozialismus und nicht der Machteroberung.

Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht an einer falschen Strategie gescheitert, sondern daran, daß sie mit der demokratischen Praxis das sozialistische Ziel aufgegeben, daß sie um des Linsengerichtes willen die Erstgeburt verkauft hat. Darin bestand die „Schuld", der „Verrat", das Versagen der Führung.

Die soziale Revolution ist ein stetiger Reifeprozeß. Die politische Machtergreifung setzt nur die neuen Qualitäten frei, die sich in diesem Prozeß herausgebildet haben. „Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt" — „und muß fortwährend revolutionieren" (Komm. Manifest). Treibt sie so ihrem Untergang zu, so wird sie dennoch weder in Schönheit sterben noch Selbstmord begehen. Es gibt für sie keine ausweglose Situation, sie muß gestürzt werden. Ist die Frucht reif und soll sie nicht ungenutzt verfaulen, so muß sie heruntergeholt werden.

In diesem Reifeprozeß, der durch echte Opposition beschleunigt wird, verändert sich die Struktur der Gesellschaft. Der moderne Kapitalismus gleicht dem Frühkapitalismus so wenig wie der Großvater dem Säugling. Darum ist anders über ihn auszusagen und daher ist ihm anders zu begegnen — was eben durch eine gründliche Analyse erhellt und aufgeklärt werden muß. Mit dem Steckbrief des Säuglings ist der Großvater nicht zu fangen. Daher gibt es keine starre Strategie.

Wie die Voraussetzungen für die bürgerliche Revolution im Feudalismus entstanden und herangewachsen waren, ebenso reifen die Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaft — offenkundig für jeden Einsichtigen — in der kapitalistischen. Die ständige Veränderung und Entwicklung des Kapitalismus auf allen Gebieten (wissenschaftlich, technisch, organisatorisch, ökonomisch, politisch usw.) ist selbst der sichtbare Ausdruck für diese objektive Möglichkeit. Die soziale Revolution kommt nicht als Folge der politischen Machtergreifung. Die politische Revolution wird notwendig mit der tatsächlichen Veränderung der Produktionsweise. Der Augenblick, in dem der Wandel vollzogen wird — wenn überhaupt —, ist in keinem Geschichtskalender abzulesen; er hängt von der subjektiven Reife und Bereitschaft der Menschen ab — und diese wächst nicht automatisch mit den objektiven Gegebenheiten. Im Gegenteil: Solange mit dem kulturellen und zivilisatorischen Fortschritt als Voraussetzung für die „Gesellschaft im Überfluß" — ohne größere politische Krisen — die Arbeitnehmer durch gewerkschaftliche Erfolge am Aufstieg teilhaben, wird das subjektive Verlangen nach einer gesellschaftlichen Umwälzung geringer. (Entsprechend ist auch die Monarchie, wo sie dem vordrängenden Bürgertum nachgegeben hat, als repräsentative Staatsvertretung erhalten geblieben.) Um so mehr müssen die Sozialisten den Massen die alle Kultur und alles Leben bedrohenden Gefahren im Spätkapitalismus, der für die einzelnen Staatsbürger immer undurchsichtiger geworden ist, aufdecken und erklären.

Erst und nur die sozialistische Machtergreifung — in welcher Form auch immer — ist die Geburtsstunde der neuen Gesellschaft, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Komm. Manifest). Erst dann soll und kann der Mensch aufhören, als Ware und Objekt körperlich und geistig entmenscht zu werden. Erst dann kann und wird „der Mensch das höchste Wesen für den Menschen" sein.

VII Am Beispiel: Internationale

Die wissenschaftliche, technische. ökonomische und politische Entwicklung hat die nationalen Grenzen gesprengt, wenn auch — fast schon anachronistisch — die Nationalstaaten noch existieren. Mit der Überwindung der Entfernungen und der selbständigen nationalen Interessen hat

1. die Epoche der Menschheitsgeschichte begonnen und
2. der Klassenkampf internationale Form angenommen.

Die bisher rückständigen, ausgebeuteten und abhängigen Völker verlangen ihre Emanzipation. Sie bedrängen die saturierten Nationen, in denen der Klassengegensatz gemildert ist — deren Wohlfahrtsstaat von allen Schichten gemeinsam verteidigt werden wird, wenn er von den Habenichtsen ernsthaft bedroht werden sollte. Vorläufig hilft man sich selbst, indem man ihnen hilft. Die Ostblock-Westblock-Spannung beschleunigt die Entwicklungshilfe und korrumpiert häufig die führenden Schichten der sich politisch befreienden Länder. Die „proletarischen Völker" haben bedeutsame industrielle, soziale und kulturelle Unterschiede, verschiedene wirtschaftliche und politische Interessen, auch nationale und religiöse Gegnerschaft. Die helfenden Entwickler verstärken noch die Differenzen, welche häufig zu Auseinandersetzungen

untereinander führen werden, wodurch scheinbar die Behauptung vom internationalen Klassenkampf widerlegt wird. Dieser tut sich in sehr verschiedenen Gebieten und Formen kund, wobei — analog den nationalen Klassenkämpfen — die Erfolgreichen die Schwächeren anregen und nachziehen, weshalb es vielleicht nie — und gewiß nicht in naher Zukunft — zu einer geschlossenen Klassenkriegsfront kommen wird, weshalb auch hier der Gedanke an einen strategischen Plan absurd ist.

Und dennoch: Die Perspektiven des Emanzipationskampfes dieser Völker erweisen nun, im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, die Marxsche Konzeption von der notwendigen sozialistisch-internationalen Revolution als „reale Utopie". Unter ganz anderen konkreten Bedingungen ist die Veränderung der Produktionsverhältnisse für die ganze Erdbevölkerung viel näher gerückt, als sie zu jener Zeit war, in der sie konzipiert wurde. Unter welchen Bedingungen auch immer, ob kapitalistisch, etatistisch oder kommunistisch, sich die einzelnen Gebiete entwickeln werden — die Industrialisierung auf dem ganzen Erdball hat begonnen und wird bald ein erstaunliches Tempo annehmen. Sind erst einmal die technischen Voraussetzungen geschaffen, dann wird der Nachholbedarf der heute noch darbenden zwei Drittel der Menschheit, trotz Bevölkerungszunahme in wenigen Jahrzehnten gedeckt sein. Zudem hat die Industrialisierung auch die bäuerliche Produktionsweise verändert. Die Zuwachsrate der landwirtschaftlichen Produktion beginnt, die industrielle zu überflügeln — wie Marx es vorausgesagt hatte.

Ist einmal auf dem ganzen Erdball weitgehend die Nivellierung der Produktivität erreicht, dann wird die Ausbeutung zur Erhöhung personellen oder anonymen Kapitals zum närrischen Wahnsinn. Man müßte bis zur allgemeinen Erschöpfung dann die Erzeugnisse künstlich vernichten oder verschwenden, um so immer wieder Bedürfnisse und Märkte zu schaffen. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben dann ihre Grenzen erreicht, werden zu Fesseln und müssen gesprengt werden. Soll nicht die ganze Menschheit im Taumel einer sinnlos gewordenen Erhöhung des Kapitals zugrunde gehen, dann muß die Weltwirtschaft als allgemeine Bedürfnisdeckung geplant werden.

Die „großen Züge" der Entwicklung, die Marx bereits im frühen Kapitalismus erkannte, sind greifbar nahe gerückt. Die Voraussetzungen für die neue Gesellschaft der geeinten Menschheit entstehen ökonomisch, politisch, kulturell. War Marxens Globus zu klein, als daß zu seiner Zeit sich seine Vorstellung als evident hätte erweisen können, so beeilt sich jetzt die Geschichte, da die Menschheit zusammengedrängt und — wie oft fälschlich gesagt wird — die Erde, der wirkliche Globus „kleiner wird", den wissenschaftlichen Sozialismus zu rechtfertigen. Wenn so die Wirklichkeit zum Sozialismus drängt, dann müssen die Sozialisten auch zur Verwirklichung drängen. „Der Kommunismus" — schrieb der junge Marx in der „Deutschen Ideologie" — „ist empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker auf ‚einmal' oder gleichzeitig möglich, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt."

Um so erstaunlicher ist, daß nun, da die Notwendigkeit zu internationaler Politik und ökonomischer Planung offenbar geworden ist, wissenschaftlich geschulte und begabte Sozialisten sich als kleines Geschlecht gegenüber der großen Perspektive erweisen. Die Enttäuschung über die Versumpfung der einst so anspruchsvollen und mächtigen Bewegung, die ihr Ideal nicht erfüllt hat, und der Verdruß darüber, daß uns hierzulande die Weltgeschichte weggelaufen ist, hält den Blick gebannt in dem — allerdings besonders düsteren — Dunstkreis des heimatlichen Kirchturms. Der Fehler liegt nicht beim Versagen irgendeiner Strategie, sondern in der unhistorischen Methode der Kritik.

Eingezwängt in den Rahmen dieser kurzsichtigen Kritik und der hoffnungsvollen Erwartung auf ständige Erweiterung des Wohlstandes, vernachlässigen wir zu untersuchen, ob sich nicht nach den relativ langen Konjunkturzeiten während der Umstellung auf die Automation — vergleichbar der Blütezeit der Mechanisierung und Rationalisierung zwischen 1878 und 1914 — weltwirtschaftliche Spannungen ergeben werden, die — unter dem Übergewicht der vorherrschenden Rüstungsindustrie — grauenvolle politische und militärische Krisen vorbereiten. Die besonderen Bedingungen der bundesdeutschen und nordwesteuropäischen Konjunkturen können kaum als endgültig gewertet werden angesichts der Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Krise in den USA, dem am weitesten entwickelten kapitalistischen Lande. Der im engen Horizont gefesselte Blick auf — möglicherweise nur zeitweilig — saturierte Arbeitnehmerschichten, die im großen Modell nicht mehr typisch, sondern zu Grenzfällen geworden sind, verschleiert die tatsächlichen Proportionen der Massenarmut auf dieser Erde. Wer unsere Gegenwart weltpolitisch betrachtet, der weiß, daß die Zukunft der Menschheit eher von Asien oder Afrika aus entschieden wird als von Europa — oder gar der Bundesrepublik; er wird zuversichtlich in der Erkenntnis, daß die einst im Liede ausgedrückte Hoffnung: „Die Internationale, das wird die Menschheit sein" sich als Wirklichkeit zu unseren Gedanken drängt. Hunderte von Millionen von Proletariern, — nein: Menschen, die erst Proletariat werden wollen — sind in Bewegung geraten; und dies in einer Zeit, in der den führenden Wissenschaftlern und Intellektuellen in den saturierten Ländern angst und bange geworden ist vor der Anwendung der mit Hilfe ihrer Köpfe entfesselten Naturkräfte.

Die bundesdeutsche Arbeiter„bewegung" kann bestenfalls, d. h. wenn sie fähig sein sollte, einen eigenen unabhängigen Standpunkt wiederzufinden, an dem sie ihre Politik ausrichten kann, eine fördernde Rolle in dieser internationalen Entwicklung spielen.

Einst war die deutsche Sozialdemokratie führend im Kampf um die Emanzipation des Proletariats gewesen. Aber in ihrer Praxis kämpfte sie nicht für die Emanzipation (Verselbständigung) von der bürgerlichen Gesellschaft, sondern für

eine Gleichstellung mit dem Bürgertum. Diese Emanzipation ist im großen und ganzen geglückt — und darauf sind die Epigonen stolz. Die SPD ist in ziel- und inhaltlosem Opportunismus verkommen. Sie tritt zwischen Liberalismus und Konservatismus auf der Stelle, unfähig geworden, den sozialistischen Geist zu erhalten und ihre einst so würdige Rolle im Kampf um die Befreiung der Menschheit den sich verändernden Verhältnissen anzupassen. Um so lauter und häufiger redet sie jetzt von der Freiheit und von der Würde des Menschen, die sie gleichzeitig — Notstandsgesetzen zustimmend an die „Großwirtschaft", Wehretat billigend an den Militarismus, Verkündigungsrecht der Kirchen proklamierend an Himmel und Hölle — verkauft. Mit Recht und Instinkt hat sie aus ihrer Ahnengeschichte Ferdinand Lassalle als ihr Idol herausgesucht, obwohl zu seiner Ehre gesagt werden muß, daß dieser Kämpfer nicht so schlecht war und daß er sich wohl kaum dem Sog hingegeben hätte, dem die SPD erlegen ist. Wenn wir dennoch in dieser Partei Mitglieder sind oder waren, dann nur, weil die SPD bisher noch im Parlament die Interessen der Arbeitnehmerschichten und die liberalen Inhalte der Demokratie vertrat, aber nicht, weil wir sie für die Partei halten, die das Ziel oder die Absicht hat, die Gesellschaft sozialistisch umzugestalten. Wir waren oder sind Mitglieder der SPD, weil wir keine besondere Partei neben ihr oder gegen sie sein wollen. Wir waren oder sind in ihr, solange wir die Freiheit und Möglichkeit wahrnehmen können, als ihre Mitglieder „in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nation unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorzuheben und zur Geltung zu bringen" und „in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung zu vertreten". (Komm. Manifest)

Rosa Luxemburg schrieb 1916 in der Junius-Broschüre: „Die proletarische Politik, die auf historischer Kenntnis ruht, kann sich nicht nach den subjektiven Absichten in einem einzelnen Lande richten, sie muß sich an dem Gesamtkomplex der weltpolitischen Lage international orientieren."

Beide Zitate sind von aufregender Aktualität. Heute, eben in der Epoche der Weltgeschichte, angesichts der technischen Entwicklung, angesichts der gewaltigen Emanzipationsbewegung, in der sich zwei Drittel der Erdbevölkerung befinden, kann der Sozialist nur durch die Erforschung der internationalen Entwicklung den Standpunkt finden, der ihm ermöglicht, die Perspektiven zu erarbeiten, an denen er sich — auch für die politische Betätigung in seinem Lande — orientieren kann.

VIII Am Beispiel: Entfremdung

Mögen bei Betrachtung des kleinen Globus aus der Firma Marx und Engels die Begriffe: Klasse, Klassenkampf, Bürgerkrieg usw. antiquiert erscheinen, wer kann bestreiten, daß sich erst jetzt als zutreffend erweist, was an Marxens Vorstellungen kritisiert wird, nämlich daß die herrschende Klasse sich mehr und mehr übernational zu kollektivem Handeln organisiert und sich auf die gemeinsame Verteidigung ihrer Produktionsverhältnisse politisch und militärisch vorbereitet (was nicht ohne Schwierigkeiten durchzusetzen ist). Im Gegensatz zu vielen Marx-Kritikern, die seine Aussagen für veraltet halten, bin ich immer wieder erstaunt, wie das, was er im Prinzip aus seiner Gesellschaftskritik abgeleitet hat, bei wesentlich anderen konkreten Bedingungen erst jetzt in unserer Gegenwart sich als Wirklichkeit offenbart.

Ich halte die Diskussion für abwegig, ob die Besitzenden noch verfügen oder ob die Verfügenden die Herrschaft angetreten haben. Unsere Kritik gilt dem System, nicht seinen Repräsentanten. Wie der Pächter „das offenbarte Geheimnis des Grundeigentümers" (Marx — „Frühschriften" — „Manuskripte"), so ist heute der Manager nur „das offenbarte Geheimnis des Monopolkapitalismus". Obwohl nach außen sichtbare Exponenten, sind sie nur Marionetten verselbständigten und häufig anonymen Kapitals, die nur scheinbar selbstherrlich handeln. Die Zahl der wirklich bestimmenden „personalen Delegierten des kapitalistischen Prinzips" (Th. v. d. Vring) sind verschwindend gering; die Zahl ist auch für die tatsächliche gesellschaftliche Kraft gleichgültig. Stelle ich fest, daß die Polizei für Ordnung sorgt, so weiß ich doch, daß nur wenige Personen über die Masse der Polizisten verfügen. Der Polizist, der mich anpfeift, verfügt über mich, wie über ihn verfügt wurde.

Je mehr die „öffentliche Hand" sich mit der Großwirtschaft vermengt, je mehr in Staat und Großunternehmen die Verwaltung wächst, desto mehr werden bei größeren gesellschaftlichen Erschütterungen diese abhängigen Beamten und Angestellten in den Strudel der Ereignisse gezogen. Auch deshalb sollte sich die moderne sozialistische Bewegung der einschränkenden Mythologisierung der „Arbeiterklasse" enthalten.

Wahrscheinlich gibt es heute in unseren Arbeitnehmerschichten prozentual gerechnet weniger Menschen als in den oberen Direktorenkreisen, die den Sozialismus für möglich und vernünftig, sogar für notwendig halten. Viele von ihren wenigen, die solche Fragen überhaupt berühren, sind heute dem Sozialismus gegenüber eher neutral als aktiv gegen ihn. Die leitenden Manager oder Direktoren in Staat und Großunternehmen sind meist nur Spezialisten, deren Allgemeinwissen reichlich beschränkt und deren weltpolitischer Horizont keineswegs durch intellektuelle Höhenflüge erweitert ist. Es gibt in Wirklichkeit nicht diese bewußte Herrschaft bewußter Manager, die in gemeinsamer Verschwörung oder nach demokratischer Übereinkunft, mit überdurchschnittlicher Raffinesse und Intelligenz die Gesellschaft dirigieren. Sie sind „das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Ver-

kehrsweise“ (Komm. Manifest). Die Beschränktheit der Pyramidenkletterer, ihr Unbehagen, ihre Gedrängtheit zum Weiterklettern sind am Gipfel der Gesellschaft Erscheinungen der Entmenschlichung und nur der Ausdruck dafür, daß sie in einer Person entfremdete Proletarier und entfremdete Kapitalisten sind. Die Selbstentfremdung wird dem einzelnen nur im Verhältnis zu dem ihm fremden Menschen offenbar. Wie die religiöse Selbstentfremdung in dem Verhältnis des Laien zum Priester, so erscheint die ökonomische in dem Verhältnis des Arbeitnehmers zum Direktor und die staatliche in dem des Bürgers zur Ministerialbürokratie.

Die Herrschaft des gesellschaftlichen Apparats über den Menschen wird immer deutlicher — nicht nur im Erwerbsleben, sondern auch im Staat, in der Partei und in der Gewerkschaft. Die Demokratie wird zu einem psychologischen Ventil, die Mitbestimmung in Betrieb, Staat, Verein wird zunehmend eine Bestätigungsformalität, der einzelne wird zur Lochkarte, nein, schon zum Kartenloch, zum Karteigenossen.

Die kleinen Staaten werden — wenn auch widerstrebend und scheinbar autonom bleibend — zu Filialen der großen Blöcke, die nun die Rolle einnehmen, die die Marxisten dem Staat zugeschrieben haben. Es wachsen und vereinheitlichen sich die wirtschaftlichen und politischen Räume, wie von „Marxens Lehre vorgeschrieben“. Damit entweichen Lenkung und Verantwortung immer mehr in den Nebel der undurchschaubaren Gesellschaft. Im gesamtkapitalistischen Interesse kann sich der Block — wie bislang der Staat — gegen widerstrebende Gruppen wenden (was auch Hitler tat). Geringer Scharfblick genügt, deutlich zu machen, daß die USA und in ihrem Gefolge der Westblock sich als Hüter des Kapitalismus, — Verzeihung: „als Verteidiger der westlichen Freiheit“ — noch in Laos, Korea, Kongo usw. betätigen. Daß sie dabei versuchen, ihr eigenes Gewicht auf Kosten ihrer Partner (z. B. im Kongo auf Kosten Belgiens und Englands) zu erhöhen, bringt zeitweise Verstimmungen mit sich, dient im ganzen aber doch der weiteren Konsolidierung des Blocks unter Führung der USA. Natürlich gibt es auch auf jener Seite keine einheitliche Strategie, auch dort das Ringen um verschiedene Mittel und Wege, auch dort Zweifel an der eigenen und der anderen Unfehlbarkeit und Selbstsicherheit.

Der moderne Sozialismus kann nicht darauf verzichten, die Parallelen dieses historischen Prozesses, Ähnlichkeiten oder Unterschiede, Gefahren oder Chancen auch im staatssozialistischen Block zu erforschen. Die Beseitigung der Ausbeutung, gar in der Form der Verstaatlichung der Produktionsmittel, kann bewirken, daß „die Bestimmung des Proletariers nicht aufgehoben, sondern nur auf alle Menschen ausgedehnt wird“ (Marx: „Nationalökonomie und Philosophie“). Die allgemeine Vergesellschaftung wird sinnvoll erst mit der Befreiung des Menschen von der Abhängigkeit, die der Kapitalismus als letzte Stufe der Entwicklung des Privatbesitzes dem zur Ware und zum Objekt der Gesellschaft gewordenen Individiuum aufzwingt. Die zeitgemäße marxistische Analyse kann sich nicht begnügen mit dem Appell an die sozial Deklassierten. Sie erweist die Notwendigkeit des Sozialismus als Alternative gegen das Absinken in die geistige und seelische Barbarei.

Beherrscht denn der Mensch noch seinen Lebensprozeß — oder hat sich das System derart verselbständigt, daß es durch das Funktionieren seiner einzelnen Teile als Ganzes funktioniert? Beherrschen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern entpersonalisierte Produktionsverhältnisse immer mehr die menschliche Gesamtheit? Ist damit jeder Mensch vom System abhängig, mag seine Funktion und sein Reichtum noch so groß sein? Und erklärt dies nicht die wachsende Unvernunft und den zunehmenden Unsinn des modernen Wirtschaftens und die damit zusammenhängenden Gefahren der sinnlosen materiellen und geistigen Reproduktion der Existenz? Ist die ganze kapitalistisch organisierte Menschheit auf dem Wege, Proletariat zu werden, jeder einzelne ein objektivierter, beherrschter, entfremdeter Mensch, der sich seiner wahren Lage nicht mehr bewußt wird? Verkümmert damit die menschliche Intelligenz und Tätigkeit zu einem sozialen Instinkt, der schließlich den Menschen bestimmen wird wie der natürliche das Tier? Ist damit — gerade im hochentwickelten Kapitalismus — die Befreiung des Menschen, sein Wieder-Mensch-Werden als Subjekt, kurz: Ist damit der Sozialismus sämtlichen Menschen als Aufgabe gestellt, wo auch immer sie sich in der Hierarchie der Entfremdung eingerichtet haben?

Die Gefahr, daß der Mensch immer unfähiger wird, seiner Gesellschaft „von außen“ als Kritiker und Rebell gegenüberzutreten verführt ihn, sich immer mehr mit seiner abhängigen Rolle abzufinden. Dann wird er schließlich mit dem Unsinn der Verschwendung der Reichtümer, der Verwaltung durch immer undurchschaubarere Gesetzeslabyrinthe, der Verblödung durch die Markenartikel der Vergnügungsindustrie, der Zerstörung der Natur und die Vorbereitung des Vernichtungskrieges als unabänderlich gläubig hinnehmen — und nur ein Rad im industriellen Getriebe sein. Der Protest gegen die Entmenschlichung wird nicht aus der Masse der Arbeitnehmer kommen, die sich nach mühseliger Berg- und Talwanderung ihren Platz in der kapitalistischen Gesellschaft erkämpft hat und hofft, ihn erhalten und ausbauen zu können. Der Protest kommt von den Intellektuellen, die über den Tag hinausschauen und die sich nicht völlig in ihr Fachgebiet einspinnen oder auf ein gütiges Schicksal vertrauen. Der Protest kommt von jener Intelligenz, deren Unbehagen mitten im Wohlstand wächst, die nach links strebt, weil sie geistig und psychisch leidet. Ich halte es für keinen Zufall, daß in unserem Lande, in dem der Strukturwandel des Kapitalismus nach grauenvollem perversem politischem und kulturellem Verfall ungeahnt schnell besondere Blüten trieb — daß in diesem

Treibhaus der radikale Sozialismus nicht von Entrechteten und Ausgebeuteten getragen werden kann, sondern daß er zur Zeit bewahrt wird von Gruppen mit vielen hochintelligenten und verantwortungsvollen Neurotikern und Psychopathen. Wir sind gewissermaßen die rebellierende Vorhut des degenerierten Menschen von morgen.
Im Zusammenhang mit der weltpolitischen Entwicklung kommt hier dem SDS eine besondere Bedeutung zu. Je mehr in der modernen kapitalistischen Entfremdung die Verspießerung und Verflachung der Massen zunimmt, um so mehr wird die junge Intelligenz das Gewissen der Zeitgenossen aufrütteln müssen. Sie muß nicht Urheber neuer Ideen sein, aber sie kann Ideen in Geschehnisse übertragen.

IX Am Beispiel: Theorie und Praxis

Unter wesentlich schwierigeren Bedingungen als in der Aufstiegsepoche des Kapitalismus wird die sozialistische Intelligenz das wahre Sein und Werden der gesellschaftlichen Realität trotz ihres trügerischen Scheins enthüllen. Sie muß die verschleierten Verhältnisse der modernen Gesellschaft entnebeln und in mühseliger Aufklärungsarbeit kritisches und fortschrittliches Bewußtsein bilden. Im Gegensatz zur Kritik der Marxschen Strategie (vgl. Thomas von der Vring, S. 13 ff.) halte ich heute mehr als je — und wegen der ungünstigen Voraussetzungen — Aufklärung für die entscheidende Bedingung sozialistischer Aktivität. Mag es in Notzeiten leichter sein, vielen bedrückten und zweifelnden Individuen die gesellschaftlichen Zusammenhänge aufzudecken und sozialistische Propaganda und Organisationen zu verbreiten, so ist es in krisenfreien Zeitabschnitten um so notwendiger, einige — sicherlich nicht die schlechtesten — Individuen zu überzeugen und zu gewinnen. Gewiß wird bei scharfer Selbstkritik der Vergangenheit und Gegenwart auch „heiß gegessen", aber dennoch sollte sich niemand Schlund und Zunge verbrennen, sollten wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die sozialistische Idee muß durch zeitgemäße Analysen neu begründet werden. Diese theoretische Arbeit darf nicht nur der Selbstverständigung oder gar Selbstbefriedigung dienen. Die Erkenntnisse müssen so klar und verständlich dargestellt werden, daß sie auch unvorbereitete und junge Menschen überzeugen.
Aus der nüchternen Durchleuchtung unserer Lage ergeben sich die Möglichkeiten und Grenzen für das politische Handeln des SDS. Ihn zu erhalten und zu vergrößern, seine Aufgaben an den Hochschulen gut zu erfüllen, die Erziehungs- und Schulungsarbeit zufriedenstellend zu leisten, obwohl er im Gegensatz zu anderen unrechtmäßig keine Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln bekommt, stellt bereits sehr große Anforderungen an seine Mitglieder. Bestand und Wachstum der eigenen Organisation sind notwendige Voraussetzungen für größere politische Wirksamkeit. Aus dieser internen Arbeit gewinnen die Mitglieder auch die Fähigkeit, durch Artikel, Referate, Seminare in nahestehenden Organisationen, vor allem deren Jugendgruppen, fruchtbar in sozialistischem Sinne zu wirken.
Die Alternative, der Selbstmord der Menschheit, konnte in dieser Abhandlung nur gestreift werden. Alle Zukunftspläne und Hoffnungen setzen voraus, daß der drohende Krieg verhindert werden kann. Auch dann noch besteht die Gefahr, daß die Menschen durch eine Ökonomie, deren Inhalt und Sinn die Erhöhung des Kapitals ist, die natürlichen und kulturellen Bedingungen ihrer Existenz zerstören. Diesen Gefahren entgegenzuwirken bleibt das wichtige politische Werk des SDS, wenn seine Kräfte dazu ausreichen. Er wird sich — wie bisher — für eine entschiedene Politik wirklicher Verständigung und gegen Krieg und Kriegsvorbereitung, gegen Restauration und Militarismus betätigen.
Im Vorfeld des totalen Krieges, besonders hier in der Ostfront des Westblocks, der ohnedies gegen autoritäre Bestrebungen kaum immunen Bundesrepublik ist die Demokratie ständig bedroht, legal ausgehöhlt und abgebaut zu werden. Zum Schutz und Ausbau der freiheitlichen und sozialen Anlage der Bundesrepublik, die im Grundgesetz ihren Ausdruck gefunden hat, sind die verfügbaren Kräfte einzusetzen. Der SDS wird die Verbindung zu sozialistischen Hochschul- und Jugendverbänden anderer Länder und gleichgesinnter Organisationen festigen und verbessern. Es gäbe noch manches aufzuzählen: — genug! Die Hinweise reichen aus, zu zeigen, daß viele Möglichkeiten zu politischer Aktivität vorhanden sind. Je besser die Aufgaben erfüllt werden, um so größer wird die Wirkung nach außen und damit auch wieder für die eigene Bewegung sein. Gewiß ist all dieses wenig, gemessen an dem Ziele, das nach Verwirklichung drängt. Wollten wir aber versuchen, unseren Schatten zu überspringen, dann werden wir bald wieder dazu kommen, aus unserer — von Abstraktionen oder Illusionen bestärkten — Ungeduld nur neue Konzepte bedenklicher Kritik zu produzieren.

Vom Lebensgenuß

Helmut Kentler

Was auch noch zu berücksichtigen wäre, wenn man über Strategie und Taktik nachdenkt, sind die „Flüchtlingsgespräche" von Brecht. Dort heißt es beispielsweise: „Ich hab mich oft gewundert, warum die linken Schriftsteller zum Aufhetzen nicht saftige Beschreibungen von den Genüssen anfertigen, die man hat, wenn man hat. Ich sehe immer nur Handbücher, mit denen man sich über die Philosophie und die Moral informieren kann, die man in den besseren Kreisen

hat, warum keine Handbücher übers Fressen und die andern Annehmlichkeiten, die man unten nicht kennt, als ob man unten nur den Kant nicht kennte! Das ist ja traurig, daß mancher die Pyramiden nicht gesehen hat, aber ich find's beklemmender, daß er auch noch kein Filet in Champignonsauce gesehen hat. Eine einfache Beschreibung der Käsesorten, faßlich und anschaulich geschrieben, oder ein künstlerisch empfundenes Bild von einem echten Omelette würd' unbedingt bildend wirken. Eine gute Rindssuppe geht mit dem Humanismus ausgezeichnet zusammen. Wissen Sie, wie man in anständigen Schuhen geht? Ich mein' in leichten, nach Maß, aus feinem Leder, wo Sie sich wie ein Tänzer fühlen, und richtig geschnittene Hosen aus weichem Material, wer kennt das schon von euch? Das ist aber eine Unwissenheit, die sich rächt. Die Unwissenheit über Steaks, Schuhe und Hosen ist eine doppelte: Sie wissen nicht, wie das schmeckt, und Sie wissen nicht, wie Sie das bekommen können, aber die Unwissenheit ist eine dreifache, wenn Sie nicht einmal wissen, daß es das gibt."

Die Unwissenheit ist heute nur noch eine einfache: Die meisten Leute in unserm Land wissen, daß es das alles gibt, und wenn sie im übrigen sparsam sind, können sie das eine oder andere davon sogar kaufen. Aber sie verstehen das Ungewohnte nicht zu genießen; zurück bleibt bei ihnen nicht die Sehnsucht nach neuem Genuß, sondern Unsicherheit, und so erleben sie am eigenen Leib, wie recht die Bürger haben, wenn sie behaupten, das alles sei doch nichts für sie.

Aber das ist nur die eine Methode, wie man höhere Löhne und mehr Freizeit dazu ausnutzen kann, die Menschen weiter in ihrer Unfreiheit gefangen zu halten. Die andere Methode exerziert — ohne zu wissen, was es tut — ein Tourismusunternehmen. Gegen einen monatlichen Beitrag kann man dort Mitglied werden, und wenn man das Jahr über fleißig gezahlt hat, dann darf man sich für seinen Urlaub eines der Bungalowdörfer am Mittelmeer aussuchen und vorübergehend wie in der klassenlosen Gesellschaft leben — noch besser: wie im Paradies. Der Urlaub im Club bringt Ersatzbefriedigungen für alle Verzichtleistungen, die man das Jahr über vollbringen mußte. Die Ursachen für die Schinderei sind einem egal geworden, weil der Lohn alles wieder gut zu machen scheint. Man ist mit dem Alltag versöhnt, weil man vorübergehend ausziehen kann.

Diese und andere Beispiele, die man zitieren könnte, scheinen jenen recht zu geben, die schon immer behauptet haben, eine vollbeschäftigte und durch Kleine-Leute-Wohlstand saturierte Gesellschaft sperre sich gegen jede Veränderung; nur gemeinsam ertragene Not schaffe Solidarität und revolutionären Willen. Aber wie Lengede beweist, kann Not auch nur Beten lehren, statt die Schuldigen zu suchen. Vor allem aber: Wenn Wohlstand tatsächlich derart korrumpierend wirkt, wäre es dann nicht besser, man würde aus den Gewerkschaften austreten und die Unternehmerverbände unterstützen, damit den Leuten endlich der Brotkorb wieder höher gehängt wird?

Es ist der alte Streit zwischen Robespierre und Danton. Und ich gestehe: jene Sozialisten mit dem Robespierre-Gesicht, die den Leuten einen guten Schinken nicht gönnen, weil er sie vergessen lassen könnte, daß es um den Sieg der Moral geht, sind mir unheimlich und unsympathisch. Wie sehr hingegen ist der Danton zu schätzen, der ein Schinkenbrötchen und guten Kaffee dazu zu genießen versteht, und der ein Revolutionär ist, weil er einen Vorgeschmack vom Besseren hat.

Es kommt sicher nicht von ungefähr, daß die bahnbrechenden Denker des Sozialismus keine armen Schlucker waren, oder daß sie doch zumindest vermögende Freunde hatten, die ihnen aushalfen. Das gemeinsame Genießen verständiger Menschen schafft nämlich eine Solidarität, die nicht gegen außen abschließt, sondern jene teilnehmen lassen will, die noch nicht genießen können.

Unsere italienischen Gastarbeiter zum Beispiel: Sie sind sehr sparsam und schicken das meiste von ihrem Verdienst nach Hause; aber ein bißchen nippen sie auch am Wohlstand, und manchmal feiern sie so herrliche Feste, daß ich gern bei ihnen zu Gast wäre. Wenn sie dann in ihre Heimat zurückkehren, schlägt ihre Erfahrung vom besseren Leben mit der schlecht geratenen Wirklichkeit zusammen, und revolutionärer Geist entzündet sich: Sie werden in Gewerkschaften und linken Parteien zu Vorkämpfern eines neuen Italien.

Vor zwei Jahren war ich mit zwei jungen Arbeitern in Catania. Sie hatten mehr Geld als ich und waren stolz darauf, daß sie mich an ihrem dolce vita etwas teilnehmen lassen konnten. Auf der Heimfahrt schimpften sie: „Jetzt beginnt der alte Dreck wieder!" Wir haben uns dann über den Dreck, der vor ihnen lag, unterhalten. Sie begriffen zum erstenmal, warum sie nur zehn Tage in Catania sein konnten, und warum sie nicht so leben können wie die jungen Leute, die auf der Reklameannonce von Marlboro abgebildet sind. Sie waren so versessen auf Catania, daß sie mit mir überlegten, wie man etwas davon auch ins Ruhrgebiet importieren könnte. Einer der beiden ist heute Betriebsjugendvertreter, und er ist im letzten Jahr nicht nach Catania gefahren, sondern auf einen Lehrgang. Aber dieses Jahr wird er wieder richtigen Urlaub machen, damit er sich selbst beweist, daß er keinen Phantomen nachjagt.

Noch überraschender aber war für mich ein anderes Erlebnis in Catania. Ich habe mir nie so recht vorstellen können, daß die Aufhebung gesellschaftlichen Druckes allein schon genügt, um die Menschen besser zu machen. Das Catania-Lager der Jugendlichen war wie eine Insel, zu der wenigstens die ärgsten Repressionen nicht hinüberreichten. Ich habe die ganze Zeit über nicht einen Streit erlebt. Statt dessen herrschten Offenheit, Toleranz, Kameradschaft. Mancher wunderte sich darüber, und ich habe mit einigen jungen Leuten darüber gesprochen, warum das „bessere Leben" in Catania möglich war und zu Hause nicht.

Ich will mit diesen Beispielen sagen: Unsere Gesellschaft

existiert mit einem Wissen vom Besseren, ja in manchen Bereichen erlebt sie sogar etwas vom Besseren, und sie hat ein schlechtes Gewissen, daß sie das Bessere nicht vollbringt. Es gilt, das Wissen vom Besseren zu bereichern und zu aktivieren. Ebenso wichtig aber ist es, die Leute dabei zu unterstützen, daß sie gute Erfahrungen mit dem Besseren machen. Freilich genügt auch das noch nicht, um eine Veränderung der Gesellschaft in Gang zu bringen. Informationen, die Kenntnisse vermitteln, und Bildung, die hilft zu begreifen, warum die Wirklichkeit so schlecht geraten ist, müssen hinzukommen. Aber die conditio sine qua non ist die teilweise mögliche Teilnahme am Lebensgenuß — denn ein Zug, richtig genossen, enthüllt schon die sonst so zufriedenstellend aufgeputzte Wirklichkeit als eine schlechte.

Aspekte der französischen Wirtschaftsplanung

Gerhard Leithäuser

Ein Wirtschaftsplan wird am zweckmäßigsten als die „Gesamtheit von Dispositionen, die im Hinblick auf die Durchführung eines Ziels getroffen werden“[1]) definiert. Die französische Wirtschaftsplanung will „indikativ“ sein, d. h. sie legt Planziele fest, die Mittel und Wege ihrer Verwirklichung dagegen werden nur am Rande behandelt. Aber gerade die Umsetzung der Planziele in die wirtschaftliche Wirklichkeit ist heute das zentrale Problem jeder Wirtschaftsplanung in kapitalistischen, sozialistischen und unterentwickelten Ländern.

Nach den in Frankreich seit der Fünften Republik herrschenden wirtschaftlichen Ideologien steht die indikative Wirtschaftsplanung in einem grundsätzlichen Gegensatz zur imperativen — sozialistischen — Wirtschaftsplanung, die autoritäre Wirtschaftspolitik an Stelle der „freiheitlichen“ einsetzt, um die Planziele in die Wirklichkeit zu übersetzen.

Unter einem anderen Blickwinkel gesehen, verliert diese im Ideologienstreit verhaftete Unterscheidung an Bedeutung. Oskar Lange weist auf das komplizierte, gleichsam dialektische Spiel zwischen Planzielen und Mitteln zu ihrer Durchführung hin, indem er feststellt, daß unter bestimmten Bedingungen der Plan zum konservativen Element für die Wirtschaftsentwicklung werden kann. Solche Bedingungen liefert heute der schnelle technische Fortschritt und andere exogene Einflüsse, die notwendigerweise ein mehr oder weniger starkes Abweichen der Planergebnisse von den Planzielen zur Folge haben muß. Planziele und Mittel zu ihrer Durchführung müssen unter stetig wechselnden Konstellationen in einem sinnvollen Zusammenhang stehen. Wieweit dieser Zusammenhang auf wirtschaftlich und politisch sinnvolle Weise in der französischen indikativen Wirtschaftsplanung hergestellt wurde, soll in den folgenden Ausführungen untersucht werden.

1. Die Methoden der französischen Wirtschaftsplanung

Planziele festzulegen, ohne ihnen die Mittel zu ihrer Durchführung beizugeben, wäre nichts anderes als die in den zwanziger Jahren entwickelte errechnete Wirtschaftsvorhersage (z. B. Havardbarometer). Heute arbeitet man in vielen Ländern mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die es erlaubt, wirtschaftliche Globalgrößen in die Zukunft zu projizieren. Jede Wirtschaftsplanung enthält das Moment der Vorhersage[2]).

Das französische Planungskommissariat benutzt zu seinen Vorhersagen bei der Planaufstellung eine für diese Zwecke besonders geeignete volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit vier Personalkonten (Haushalte, Unternehmungen, Verwaltungen, Finanzierungsinstitute). Mit Hilfe dieser Kontengruppen werden zwei Gleichgewichtssituationen anvisiert:

1. Materielles Gleichgewicht, in dem eine Identität von zu produzierenden Gütern und Dienstleistungen und der effektiven Nachfrage hergestellt wird.
2. Finanzielles Gleichgewicht, in dem der erforderliche Finanzierungsbedarf mit der anfallenden Ersparnis gleichgesetzt wird.[4])

Mit einem noch rudimentären ökonometrischen Modell werden die Gleichgewichte des letzten Jahres der vierjährigen Planungsperiode für alternative Wachstumraten in die Zukunft projiziert und auf ihre Kohärenz geprüft. Die französische volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kann in eine input-output-Tabelle auseinandergezogen werden, so daß die Gleichgewichtslage des letzten Jahres im einzelnen beschrieben werden kann. Die schlechten französischen Statistiken lassen die Berechnungen unsicher erscheinen.

Es hat sich als schwierig herausgestellt, wünschenswerte Ziele mittelfristig zu formulieren, ohne Anhaltspunkte in der weiteren Zukunft zu haben. Das Planungskommissariat entwirft daher eine langfristige Projektion der französischen Wirtschaft bis zum Jahr 1975, die als wünschenswert gilt, die aber die ökonomische Situation in Wahrheit nur wenig präzisiert. Dabei spielen politische Wertmaßstäbe eine vorherrschende Rolle.

Die Methoden der französischen Wirtschaftsplanung haben sich in Abhängigkeit von den bestehenden oder zu ihrem Zweck geschaffenen Institutionen entwickelt. Das französische Planungskommissariat wurde 1947 durch Dekret ins Leben gerufen. Es umfaßt heute 45 beamtete Mitglieder und eine weitaus größere, aber wechselnde Zahl von Mitarbeitern von verschiedenem Status. Aus seiner bescheidenen Größe

liest man ab, daß es sich nur mit Koordinierungsfunktionen befassen kann. In Wirklichkeit liegt die Entscheidungsbefugnis bei anderen Institutionen. Mit Hilfe von technischen Instituten, die in mehr oder weniger starker Abhängigkeit zum Finanzministerium stehen, wurde für den IV. Plan eine langfristige Projektion bis 1975 und eine mittelfristige bis 1965 errechnet. Ein konsultatives Gremium, der Wirtschafts- und Sozialbeirat, befindet über diese Ergebnisse. Die Regierung intervenierte mit ihren Direktiven und forderte insbesondere eine Wachstumsrate von 5,5 %. In Kommissionen, deren Mitglieder von der Regierung ernannt werden, wurde der IV. Plan in seinen Einzelheiten festgelegt. Nach verschiedenen wechselseitigen Konsultationen zwischen Regierung, Planungskommissariat, den Kommissionen und dem Wirtschafts- und Sozialrat wurde der IV. Plan 1962 vom Parlament verabschiedet.

2. Planziele und Plandurchführung

Während der vierjährigen Laufzeit (1962—1965) soll die Bruttoproduktion von 265 Milliarden Francs auf 329 Milliarden Francs (in Preisen 1961) steigen. Die wichtigsten Planziele können im einzelnen aus der folgenden Tabelle abgelesen werden.

	Zuwachs in Mrd. Francs	Zuwachs in % (1961—1965)	%Anteil am Gesamtwachstum
Wirtschaft. Investitionen	10	28	16
Soziale Investit.			
— Wohnungsbau	3	25	5
— Kollekt. Ausrüstg.	3,5	50	5
Verbrauch Staat	3	22	5
Privater Verbrauch	43	23	67
Verschiedene	1,5	—	2
Gesamt	64	24	100 [5]

Die französische Regierung besteht besonders auf der Erhöhung der Kollektivausrüstung um 50%, die mit 3,5 Milliarden = 5% des Gesamtwachstums bescheiden bleibt, wenn man Frankreichs Rückstand im Bau von Schulen, Kindergärten usw. berücksichtigt.

Ein kurzer Blick auf die Mittel, die der französischen Regierung (nicht dem Planungskommissariat) zur Verfügung stehen, um die Planziele zu verwirklichen, zeigt, daß hier die Unterschiede zur Wirtschaftspolitik der übrigen kapitalistischen Staaten gering sind. Die französische Regierung gibt vor, sich bei der Aufstellung und Durchführung des Budgets, das quantitativ und qualitativ besonders in Frankreich das wichtigste wirtschaftspolitische Instrument ist, an den Zielen des Plans auszurichten. Doch wurden die Investitionsprogramme des nationalisierten Sektors nicht koordiniert, nicht einmal für Eisenbahnen, Straßenbau, Schiffs- und Flugverkehr. Der französische Staat könnte 60% der Investitionen über den verstaatlichten Sektor (40% des jährlichen Investitionsvolumens) direkt steuern oder indirekt finanziell lenken, macht jedoch davon keinen Gebrauch. Im Gegenteil: Der nationalisierte Sektor der verstaatlichten Industrie entgleitet der staatlichen Leitung immer mehr und wird über unübersehbare Verflechtungen mit der Privatindustrie zu einer willkommenen Beute der privaten Profitmaximierung.

Darüber hinaus sind die organisierten Märkte mit festgesetzten Höchst- und Mindestpreisen weit über den landwirtschaftlichen Sektor hinaus ausgedehnt. Doch fehlt dem System auch hier die innere Logik, und es wird keine Beziehung zu den Planzielen hergestellt. Die globalen Wirkungen der Geldpolitik erweisen sich als ungeeignet zur Verwirklichung der Planziele, die eine selektive Wirtschaftspolitik erfordert. Es besteht zudem eine formale Inkongruenz zwischen der vierjährigen Planungsperiode und der einjährigen Budgetperiode. Der Plan ist ein wirtschaftliches Gesamtgleichgewicht für das vierte und letzte Jahr der Planungsperiode. Der Gleichgewichtspfad, der zu diesem Ziel führt, ist mangels eines ausreichenden makroökonomischen Modells nur ungenau bestimmbar. Die Budgetpolitik kann daher schwerlich in den Plan, so wie er heute definiert ist, integriert werden.

3. Plan und Demokratie

Die französische Regierung und mit ihr die dominierende Ideologie preist den Plan als demokratisch an. Vertreter aller am Wirtschaftsprozeß beteiligten Gruppen nehmen an der Planaufstellung teil. Sie werden nach Konsultation ihrer Organisationen von der Regierung zu Mitgliedern der Modernisierungskommissionen ernannt. Das Planungskommissariat bestimmt unter Mitarbeit der ihm beigeordneten technischen Institutionen die allgemeine Vorhersage der Gesamtgleichgewichte. Die Modernisierungskommissionen und die von ihnen zur Lösung von Detailfragen gegründeten Arbeitsgruppen arbeiten die horizontalen (Arbeitskräfte, Export, Import usw.) und die vertikalen Probleme (verschiedene Industriezweige) an Hand von Fragebogen aus. Das Planungskommissariat koordiniert und korrigiert die Arbeiten der Kommissionen auf das fixierte Gleichgewicht hin. Die Gesamtheit der Modernisierungskommissionen und ihrer Arbeitsgruppen setzte sich für den vierten Plan wie folgt zusammen:

Gewerkschaften	281
Bauern	107
Unternehmer	715
Sonst. Berufsgruppen	562
Beamte	781
Versch. (Prof., lib. Berufe, Experten)	691
	3137

Während der Ausarbeitung des vierten Plans bestanden ca. 300 Arbeitsgruppen. Die 281 Vertreter der drei durchaus nicht einigen Gewerkschaften sind objektiv nicht in der Lage gewesen, die Arbeit der Gruppen zu beeinflussen. Das Problem eines Verteilungsschlüssels der Sitze in den Kommissionen oder auch im Wirtschafts- und Sozialrat erscheint als politisches Problem und damit letztlich als Machtfrage. Die augenblickliche Zusammensetzung spiegelt die Machtverhältnisse in der V. Republik, deren ausgeprägter Klassencharakter durch technokratische Konzeptionen nicht zu verdecken ist.

Das eigentliche Problem einer Demokratisierung scheint uns weniger bei der Arbeit der Kommissionen zu suchen zu sein, als vielmehr bei den Direktiven, die im Anfangsstadium der Planung von der Regierung vorgegeben werden, ebenso wie bei der langfristigen Projektion bis 1975. Es handelt sich hier im Grunde um die Einführung einer hierarchischen Ordnung von Zielen, die in diesem Zusammenhang nicht öffentlich diskutiert wurde. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, daß die hohe Wachstumsrate von 5,5% notwendige Voraussetzung zum Aufbau der „force de frappe" ist, auf deren Ausbau die Wirtschaftsstruktur hingelenkt werden soll durch Förderung der Industriezweige: Elektronik, Flugzeugbau, Atomindustrie und die daraus folgenden Verschiebungen in der input-output-Tabelle. Es handelt sich um Ziele, die im letzten Grunde dem gaullistischen Mythos von der „grandeur" Frankreichs unterzuordnen sind.

Der IV. Plan, fertig ausgearbeitet, wurde vom Parlament verabschiedet. An einem ausgearbeiteten Plan können jedoch kaum Änderungen vorgenommen werden, denn es handelt sich um ein System von interdependenten Gleichungen, in dem kein einzelner Parameter geändert werden kann, ohne daß alle übrigen sich ändern: wird die Autoproduktion erhöht, dann muß auch die Produktion von Stahl, Kautschuk usw. erhöht werden. Das Parlament kann nur global zustimmen oder ablehnen. Die Parlamentsdebatte über das 500 Seiten lange Schriftstück war kurz und ohne Überraschung.

Schlußfolgerungen

Die französische Regierung hat ihre Wirtschaftspolitik auf ein schnelles Wachstum ausgerichtet und fördert Konzentration und Zentralisation, um ihre Ziele zu erreichen. Sie folgt damit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus in Europa und den Vereinigten Staaten. In Frankreich ist im Vergleich zur Bundesrepublik noch ein gewisser Rückstand der Struktur und der Einflußmöglichkeiten der führenden Unternehmungen nachweisbar. In dem relativ rückständigen Entwicklungsstadium der kapitalistischen Produktionsweise in Frankreich liegt sicher einer der Gründe für die einander entgegengesetzten Ideologien, mit denen ein und derselbe Entwicklungsprozeß abgedeckt wird. Die Bundesrepublik bedient sich der alten, im frühen Konkurrenzkapitalismus entwickelten Konzeption von den Wohltaten der vollständigen Konkurrenz, dem Minimum von Staatseingriffen in den Wirtschaftsablauf usw. Den großen monopolistischen und oligopolistischen Unternehmungen wird damit ein maximaler Entscheidungsspielraum überlassen; die mittel- und langfristigen Entwicklungsprogramme werden in Deutschland in der privaten Sphäre koordiniert. In Frankreich dagegen werden die einzelwirtschaftlichen Pläne unter staatlicher Aufsicht in den Modernisierungskommissionen zu einem Gesamtwirtschaftsplan zusammengesetzt, wobei Regierung und Planungskommissariat die Rolle von Schiedsrichtern zukommt. In der indikativen Wirtschaftsplanung hat die in einer raschen Konzentrations- und Zentralisationsentwicklung stehende französische Wirtschaft eine ihr angemessene Organisationsform gefunden. Unter diesem Gesichtspunkt soll versucht werden, eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage zu geben, wie die französische indikative Wirtschaftsplanung einen wirtschaftlich und politisch sinnvollen Zusammenhang zwischen Planzielen und den zu ihrer Durchführung erforderlichen Mitteln herstellt.

1. Ein kurzer Blick auf die Methodik der französischen Wirtschaftsplanung zeigt, daß der übliche Rahmen der Wirtschaftsvorhersage eingehalten wird. Die Assoziierung der verschiedenen Interessengruppen in den Modernisierungskommissionen dagegen gibt dem Plan die Verbindlichkeit der traditionellen Kartellabsprachen und ist methodisch notwendig, um die auf dem Wege der Vorhersage anvisierten Ziele in die Wirklichkeit zu übertragen.

2. Die in konkrete Zahlen übersetzten Ziele können nicht mit den bisher entwickelten Mitteln der Wirtschaftspolitik erreicht werden. Die autonome — blinde — Wirtschaftsentwicklung und die Entscheidungsfreiheit der monopolistischen und oligopolistischen Großunternehmen kann nicht dauerhaft auf die Planziele hin ausgerichtet werden. Werden Ungleichgewichte sichtbar, dann werden die traditionellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ohne Rücksicht auf die Planziele eingesetzt. (Abwertung 1958, Stabilisierungsplan 1963/64)

Die für die Wirtschaftsplanung wesentlichen politischen Eingriffe bei der langfristigen Projektion und der Fixierung einer hierarchischen Ordnung von Zielen vollzieht sich außerhalb jeder demokratischen Kontrolle. Die Verabschiedung des ausgearbeiteten Plans, der in diesem Stadium nicht mehr geändert werden kann, ist politisch unsinnig. Eine geplante Reform des Wirtschafts- und Sozialrates, der seine Einflußnahme bei der Planaufstellung und bei der Plandurchführung wahrnehmen könnte, trägt das Risiko in sich, in einer technokratisch überarbeiteten Vorstellung des Ständestaates steckenzubleiben, wie von seiten des Bundeswirtschaftsministeriums befürchtet wird.[6]) Die gegenwärtige Konzeption der französischen Wirtschaftsplanung ist mit der Idee der Wirtschaftsdemokratie unvereinbar.

Dennoch wird mit der indikativen Wirtschaftsplanung — mit

der laufenden Verbesserung ihrer Methodik und der Statistiken — ein erster Schritt getan von den unbekannten zu den bekannten Wirtschaftsvorgängen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegensätze werden ans Licht gehoben, werden lesbar, und es stellt sich von neuem die Frage nach der Abkehr vom blinden unbewußten Wirtschaftsablauf — die Frage nach der bewußten Wirtschaftslenkung.

[1]) Bettelheim, Problèmes théoriques et pratiques de la planification, 1951, S. 6.
[2]) Lange, Il ruolo della matematica nella pianifizatione, Statistica, Juli—Sept., 1963, S. 295.
[3]) Damit ist zugegeben, daß der Wirtschaftsablauf nicht beliebig manipulierbar ist, auch nicht in einer sozialistischen Wirtschaft. Die von Rosa Luxemburg noch vertretene Ansicht, daß in einer sozialistisch organisierten Wirtschaft keine autonom wirkenden wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten weiterbestehen, kann heute nicht mehr aufrechterhalten werden. S. z. B. Lange, Economie Politique, 1962, S. 95.
[4]) Hackett, Economic Planning in France, 1963, S. 115 ff.
[5]) Bauchet, La planification française, 1962, S. 48.
[6]) Gocht, Frankfurter Allgemeine, 5. 6. 1963, S. 11.

Theologen in der Fabrik

Horst Symanowski und Fritz Vilmar, Die Welt des Arbeiters / Junge Pfarrer berichten aus der Fabrik. Stimme-Verlag, Frankfurt am Main 1963, 6,80 DM

Der Bericht dieser Theologen über ihre Erfahrungen in der „unbekannten Welt" der Fabrik wird auch denjenigen fesseln, der mit den Problemen des modernen Industriebetriebes bereits gründlich vertraut ist. Gerade weil die Atmosphäre des Industriebetriebes den Theologen gänzlich fremd ist und seine Gesetze im krassen Widerspruch zu den Vorstellungen christlicher Moral stehen, entgeht ihrem „weltfremden" Blick vielleicht weniger als manchem — nicht nur Arbeiter, auch Gewerkschaftsfunktionär oder Soziologen —, der durch Gewöhnung an die Verhältnisse im industriellen Bereich das Erschrecken und Hoffen schon verlernt hat.
Die Theologen sind allerdings nicht voraussetzungslos in die Fabrik gegangen. Ihre genauen Beobachtungen wären nicht möglich gewesen ohne die theoretische Arbeit, die vorher im Seminar in Mainz-Kastel geleistet worden ist. Seit Horst Symanowski 1956 das erste „Seminar für kirchlichen Dienst in der Industrie" eingerichtet hat, kommen in Kastel jedes Jahr junge Pfarrer zu einem Halbjahreskurs zusammen. Jeder Kurs hat drei Teile: 1. Einführung in die Volkswirtschaft, Soziologie und Geschichte der Arbeiterbewegung, 2. zwei Monate praktische Arbeit in der Produktion umliegender Großbetriebe, vorwiegend in Wechselschicht, 3. Diskussion über die Folgerungen für die Verkündigung der Kirche in der gegenwärtigen Gesellschaft. Der Bericht wurde nach Tonbandaufnahmen der round-table-Gespräche niedergeschrieben. Der Leser erhält auf diese Weise einen unmittelbaren Einblick in die Verarbeitung der Erfahrungen während des Seminars. Das Material wurde in fünf Abschnitten

MARXISTISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für wissenschaftlichen Sozialismus

untersuchen die materiellen und geistigen Erscheinungen der heutigen Gesellschaft vom Standpunkt des Marxismus –
bringen Beiträge aus allen Disziplinen der Gesellschaftswissenschaft –
sind eine Zeitschrift für jeden, der um eine klare Position in unserer Welt des sozialen Umbruchs ringt.

Aus dem Inhalt der Nummer 2, Januar / Februar 1964

Karl Marx: Adresse an den Präsidenten der USA Johnson

Pläne zur multilateralen Atomstreitmacht

Sozialismus oder Miteigentumstheorie

Miete und Familieneinkommen

Marx-Renaissance in der Bundesrepublik?

Psychologische Forschung in der UdSSR u. a.

Herausgegeben von der August-Bebel-Gesellschaft e.V.

Frankfurt am Main. Gesellschaft zum Studium des wissenschaftlichen Sozialismus.
Zweimonatsheft DM 1,50
Bestellungen bitte an Vertrieb E. Meier,
6 Frankfurt am Main, Sandweg 39.

systematisch zusammengefaßt, die jeweils durch allgemeine Erwägungen von Symanowski oder Vilmar ergänzt sind.
Erstaunlich an diesem Buch ist die Schonungslosigkeit, mit der die Theologen nicht nur die Institution Kirche der Kritik unterziehen, sondern auch die von der Kirche gestützten herrschenden Vorstellungen in der Gesellschaft. Als Hilfsarbeiter entdecken sie, daß die Kirche bislang zu der Schicht derer da oben gehörte. Angesichts der Fremdheit zwischen Kirche und Industriearbeiterschaft verfällt man in Mainz-Kastel weder einer Art Industrieromantizismus der „Solidarität der schmutzigen Hände" noch fühlen die Theologen sich als „Volksmissionare auf Fabrikbühne". Sie fragen nicht: Wie kann die Kirche den Arbeiter gewinnen?, sondern stellen die Institution Kirche und den Inhalt ihrer eigenen Verkündigung in Frage. „Sie werden unsicher, sind aber auch ehrlich genug, diese Unsicherheit einzugestehen und nicht so zu tun, als könnten sie auch als Fabrikarbeiter ihr geistiges und geistliches Leben so wie bisher weiterführen. Es kommen keine ‚passenden Bibelworte' über ihre Lippen, und sie denken auch nicht daran, die kirchliche Form einer Ansprache, einer Andacht oder eines Gebetes in die Fabrik zu verpflanzen."
Sie lehnen es ab, dem Arbeiter eine Moralpredigt zu halten, der über seine Arbeitszeit hinaus gezwungen ist, „unmenschlich zu existieren". Der Begriff der Sünde kann auf den einzelnen nicht angewandt werden, wo dieser einem organisierten „System der Sünde" unterworfen ist, dessen religiöse Rechtfertigung sie als Ideologie entlarven. Die Theologen beharren in ihrem Denken nicht auf der Unabänderlichkeit dieses Systems. In der Sprache des Theologen heißt das: „... die Anthropologie, besonders die evangelische, darf nicht gebannt auf die unabänderlich gefallene, sündige Kreatur starren, sondern muß auch, wie Paulus, die Möglichkeit der ‚Neuen Kreatur', des erneuerten Menschen sehen, der ‚Mitarbeiter' Gottes in seinem Reich auch hier und jetzt und damit auch in der materiellen Produktion sein soll." Diese Theologen haben eine sehr säkulare Botschaft zu verkündigen. Wie ein weltliches Bekenntnis klingt der folgende Diskussionsbeitrag:

> „Mir wurde im Betrieb oft vorgehalten, daß die Kirche eine Institution sei, die dem kapitalistischen System die Steigbügel gehalten hat. Es wird so gewesen sein ... Hier, an diesem Punkt, ist im letzten halben Jahr für mich die Entscheidung gefallen ... Es bleibt mir jetzt nichts mehr anderes übrig, ich muß konsequent die Politik der Arbeiter unterstützen, denn ihr Kampf ist ein politischer Kampf ... Es geht mir darum, dem bruderlosen Arbeiter ein Bruder zu werden. Das werde ich nicht, indem ich mir seine Sprache aneigne und schmutzige Hände bekomme. Es geht um mehr, viel mehr. Der Sinn der Kirche kann heute nicht sein, das Proletariat zu bekehren. Die Kirche muß helfen, das Proletariat abzuschaffen. Durch eine Betriebsordnung ohne Kommißstil, ohne Stundenlöhnung, ohne Hierarchie. Durch eine Gesamtwirtschaftsordnung ohne zügelloses Produzieren im blinden Mechanismus von Profit und Konkurrenz."

Ein derart irdisch begriffener christlicher Auftrag läßt die Seminarteilnehmer fragen: Kann ein guter Gewerkschafter das nicht genauso gut tun? Was ist dann noch das Besondere an der christlichen Verkündigung? Sie haben auf diese Fragen keine fertigen Antworten. Sie stellen nur fest, was faktisch von den „ungläubigen" Sozialisten bisher zur Humanisierung der Arbeitswelt geleistet worden ist, und überlegen, was getan werden kann, um die Masse der arbeitenden Menschen aus ihrer lähmenden Resignation zu befreien. Sie wissen, daß dies ohne wesentliche institutionelle Änderungen nicht möglich sein wird, und unterstützen daher die gewerkschaftlichen Kräfte, die eine Umgestaltung der institutionellen Verhältnisse zur Mitbestimmung fordern. In Mainz-Kastel hat man 14 „Thesen zur Mitbestimmung im Arbeitsprozeß" formuliert. Die Thesen sind der Versuch, eine konkrete Utopie zu entwickeln, die Ansatzpunkte zur Überwindung der Resignation liefern kann. Sie sind eine nützliche Ergänzung zu den gewerkschaftlichen Vorschlägen einer „betriebsnahen Gewerkschaftsarbeit". Ausgehend von der These, daß der Betrieb der Ort ist, wo die große Gesellschaft für den einzelnen Arbeiter anschaulich und praktisch bedeutsam wird, schlagen sie unter anderm vor, in die betriebliche Ordnung „über die bisherigen Mitbestimmungsorgane hinaus Institutionen einzubauen, die ein unmittelbares Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht des Arbeitnehmers ermöglichen. Entscheidend ist dabei, daß er dieses Recht in dem Bereich bekommt, für den er am meisten zuständig und befähigt ist, nämlich am eigenen Arbeitsplatz ..." Wo sich dies realisieren läßt, sollen „selbstverantwortliche Arbeitsgruppen" geschaffen werden. Ausdrücklich wird gefordert, daß Produktionssteigerungen, die durch die neuen Formen der Kooperation erzielt werden, auch für die beteiligte Gruppe sich auszahlen müssen. Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, wird in den Thesen darauf hingewiesen, daß es ein Irrtum wäre zu meinen, die neuen Formen der Mitbestimmung würden den sozialen Konflikt im Betrieb beseitigen. „Er wird nicht beseitigt, Unternehmensleitung und Arbeitnehmer argumentieren teilweise sogar aus entgegengesetzter Interessenlage."
Es wird den Leser nicht verwundern, in einem Diskussionsprotokoll widersprüchliche Aussagen zu finden. So taucht auch in diesem kritischen Bericht gelegentlich die Vorstellung auf, es komme für den Christen in erster Linie darauf an, die human relations zwischen Vorgesetzten und Untergebenen zu verändern. Dies sind jedoch nur vereinzelte Stellen aus der Diskussion. Insgesamt erliegt man nicht der Versuchung, die Gesellschaft von hinten, von den mitmenschlichen Beziehungen her, aufzurollen. Sicher muß man auf solche Stellen kritisch hinweisen, wo der „Mensch schlechthin" den Blick auf die objektiven Strukturen der Gesellschaft verstellt, dennoch meine ich, daß man nicht den nützlichen Ansatz übersehen sollte, der auch aus einer solchen, zunächst am einzelnen Arbeiter orientierten, Sicht des Industriebetriebes hervorgehen kann. Die von den Theologen entwickelten Thesen zur Mitbestimmung scheinen mir dies zu belegen.

Gisela Burbach

Notstandsverfassung und Gewaltentrennung

Heinrich Hannover „Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz; Stellungnahme des Bundesvorstandes des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V.", 1964, Offenbach (VK-Geschäftsstelle, Postfach 648), Schutzgebühr —,50 DM.

Die prinzipielle Frage jeder Regelung für den Ausnahmezustand lautet: Entscheidet die Exekutive oder die Legislative? Präziser heißt das für denjenigen, der in der Gewaltentrennung nicht die bloße Funktionsunterscheidung, sondern das Gegenteil politischer und sozialer Gruppen sieht: Werden im Notstandsfall die politischen und sozialen Gegenspieler der herrschenden Gruppierung ausgeschaltet oder nicht?

Um ein Mitspracherecht der parlamentarischen Opposition im Notstandsfall zu sichern, strebt die Sozialdemokratische Partei die Bildung eines aus Vertretern des Bundestages und des Bundesrates gebildeten Notstandsausschusses an. Ob ihr diese Sicherung der Mitsprache gelingt, wird wesentlich davon abhängen, ob in diesem Ausschuß eine Zweidrittelmehrheit entscheidet und ob die von der Bundesregierung angestrebte Ermächtigung der Regierung, Notstandsmaßnahmen ergreifen zu können, verhindert wird.

Weil die Gewerkschaftsbewegung aus der Erfahrung des Kapp-Putsches weiß, daß sie im Falle der Anwendung offener Gewalt gegen die Demokratie die einzige Macht sein kann, die zählt, kämpft die Gewerkschaftsbewegung gegen jede Einschränkung des Streikrechts im Notstandsfall. Ob ihr dies gelingt, wird davon abhängen, ob die SPD verhindert, daß im Notstandsfall „eine Einschränkung oder Drosselung der demokratischen Grundrechte im gewerkschaftlichen und betrieblichen Bereich ... praktiziert werden kann".

Der von Rechtsanwalt Heinrich Hannover ausgearbeitete „Gegenentwurf" ist interessant, weil er versucht, „den Repräsentanten gegensätzlicher parteipolitischer und sozialer Interessen die Ausübung der besonderen Notstandsvollmachten gemeinsam" anzuvertrauen. Hannover sieht die „Bestimmung des Inhabers der Notstandsbefugnisse" als das entscheidende Problem an. Problematisch ist jedoch Hannovers Ansicht, die Notstandsbefugnisse selbst und die tatbestandlichen Voraussetzungen des Notstandes könnten „generalklauselartig formuliert werden", weil die „Gefahr des Mißbrauchs durch die gleichberechtigte Mitwirkung der Opposition weitgehend gebannt ist". Im Notstandsfall soll die „Regierungsgewalt auf eine aus zwei Mitgliedern bestehende Notstandsregierung, die gesetzgebende Gewalt auf einen aus zehn Mitgliedern bestehenden Notstandsausschuß übertragen werden". Ein Mitglied der „Notstandsregierung" soll von der Regierungsmehrheit, das andere Mitglied von der Opposition gewählt werden. Der Notstandsausschuß soll gleichfalls paritätisch von der Regierungsmehrheit und der Opposition besetzt werden. Jedem Einzelmitglied der „Notstandsregierung" will Hannover ein Vetorecht gegen alle vom Notstandsausschuß beschlossenen Notgesetze zubilligen. Ein kleiner Katalog soll einen Mißbrauch der Notstandsbefugnisse verhindern: „Der Einsatz der Bundeswehr im Innern mit der Waffe ist in jedem Fall verfassungswidrig." Unzulässig sind „Einschränkungen von Grundrechten, die deren Wesensgehalt antasten, ... Maßnahmen, die zur Unterdrückung oder Verhinderung eines gewerkschaftlich organisierten Streiks geeignet sind, ... Maßnahmen, die die Funktionen des Bundesverfassungsgerichts beeinträchtigen, insbesondere dessen Zuständigkeiten oder Zusammensetzung verändern".

Man wird dem „Gegenentwurf" nur gerecht, wenn man den grundsätzlichen Gedankengang sieht, um den es Hannover geht: Gegensätzliche parteipolitische und soziale Interessen sollen im Notstandsfall nicht ausgeschaltet werden können. In einigen Einzelheiten ist der „Gegenentwurf" jedoch fragwürdig. Hannover will dem Notstandsausschuß das Recht zubilligen, „Notgesetze, die eine Verfassungsdurchbrechung enthalten", zu verabschieden. Ein automatisches Außerkrafttreten der Notgesetze ist nicht vorgesehen. Auch die paritätische Besetzung der „Notstandsregierung" kann dadurch weitgehend hinfällig werden, daß die Notstandsregierung „ihre Befugnisse auf von ihr zu bestimmende Behörden oder Beauftragte übertragen" kann. Die aus zwei Personen gebildete „Notstandsregierung" ist auch deshalb problematisch, weil zwei Personen niemals in der Lage sein können, die Ministerien zu kontrollieren.

In anderen Einzelheiten — beispielsweise in der Frage der Sicherung des Bundesverfassungsgerichtes und seiner Kontrollmöglichkeiten — enthält der „Gegenentwurf" beachtenswerte Vorschläge. Zweifelhaft ist jedoch, ob dieser Entwurf die augenblickliche Diskussion über das verfassungsändernde Notstandsgesetz zu beeinflussen vermag. Einerseits geht er zu wenig auf die inzwischen von den Parteien geführten Gespräche ein; andererseits ist er — wie schon die hier hervorgehobenen Mängel zeigen — noch nicht als so ausgereift zu bezeichnen, wie man das wenigstens teilweise von gleichartigen Versuchen, etwa dem „Memorandum der Theologischen Sozietät in Baden" oder der „Stellungnahme zur Notstandsgesetzgebung" der Evangelischen Kirche des Rheinlandes, sagen kann.

Der Entwurf ist ein Beitrag zur Diskussion. Als solchen versteht ihn auch der Bundesvorstand des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, der in einer Vorbemerkung betont, daß die Veröffentlichung des Entwurfes keine Änderung der grundsätzlichen Haltung des VK bedeute. Der VK hat sich grundsätzlich gegen die Notstandsgesetzgebung ausgesprochen. Er sieht die „im Grundgesetz verankerten Möglichkeiten zum Schutze unserer Demokratie" für ausreichend an.

Jürgen Seifert

SDS - informationen

Wir weisen auf die SDS-informationen hin, die der Bundesvorstand des SDS zum 10. jeden Monats herausgibt. Die SDS-informationen berichten über politische Ereignisse, insbesondere im Hochschulbereich, und bringen hierzu Stellungnahmen des SDS. Die Januar- und Februarausgaben enthalten u. a. Berichte über den Verlauf des Prozesses gegen Neville Alexander, über die Studienförderung in Holland und jüngste Stellungnahmen zu den Notstandsplänen der deutschen Bundesregierung.

Leserbrief

Wir drucken Auszüge aus einem Leserbrief zu dem Artikel „Anläßlich der griechischen Wahlen" in nk 19/20 ab.

Es wurde in Ihrem Artikel nicht erwähnt, daß die Union der Mitte alle Parteien von der äußersten Linken (außer den Kommunisten) bis zu den Rechtsliberalen umfaßt. Papandreu selbst kommt nicht, wie fälschlich behauptet wird, aus der ehemaligen Konservativen Volkspartei. Seine Partei entstand nach Venizelos' Tod aus der Spaltung der Liberalen Partei und zwar als der linkere Teil mit sozialdemokratischen Tendenzen. Einer der Hauptfunktionäre der Union der Mitte ist Elias Tsirimokos, der Gründer einer heute leider nicht mehr existierenden ultralinken Partei (ELD). Diese Partei bildete den größten Teil der ELAS und EAM. Siantos, der Parteisekretär der KP, und Tsirimokos waren die gleichberechtigten Spitzenfunktionäre der Widerstandsbewegung. Die ELD ist dem Bürgerkrieg zum Opfer gefallen. Der Arbeitsminister der kurzlebigen Regierung war ebenfalls ein Gründungsmitglied der ELD. Das rechte Ende der Union der Mitte bildet die Gruppe von Abgeordneten um den Sohn des berühmten Venizelos; man kann sie als rechtsliberal bezeichnen. Es wird behauptet, daß über diese Leute der Großreeder Onassis die Union der Mitte unterstützt.

In der Schilderung des griechischen Bürgerkrieges und des Widerstandes gegen die deutsche Besatzung liegt ein innerer Widerspruch. Es mag daran liegen, daß verschiedene sich widersprechende Quellen benutzt wurden. ELAS, EDES und dazu noch EKKA waren politisch unzweideutige Widerstandsorganisationen, die außer für die Befreiung auch noch für eine gesellschaftliche Umstrukturierung kämpften. Näheres ist in der leider nur auf Griechisch erschienenen sehr objektiven und ausführlichen Dokumentation von Gregoriades nachzulesen. Nachweislich falsch ist, daß sich auf geheime Anweisung der Engländer griechische Militäreinheiten aus der bürgerlichen Widerstandsbewegung rekrutierten und sich freiwillig dem Befehl der Deutschen unterstellten. Es wird wahrscheinlich auf die berüchtigten Euzonenregimenter angespielt. Diese wurden von dem Quisling Rallis ausgehoben und von militant antikommunistischen Generalen angeführt. Die Beziehung zu den Engländern wurde, um Verwirrung zu stiften, als Gerücht in Umlauf gesetzt. Die Doppelrolle der KP im Bürgerkrieg klärt sich dadurch auf, daß es auch in einer so homogenen Partei wie der KP nach der deutschen Besatzung zu inneren Auseinandersetzungen zwischen den Widerständlern und den Emigranten kam. Diesen Machtkämpfen fiel fast die ganze Führung der Widerstandsbewegung zum Opfer.

In Ihrem Artikel fehlt jeder Hinweis auf die Aktivität der kurzlebigen Regierung unter Papandreu. Ich möchte nur einige hervorstechende Ereignisse anführen. Sämtliche Gebühren für die Erziehung wurden erlassen (einschließlich der etwa 1000 DM betragenden Hörgelder und Gebühren für ein Hochschulstudium). Die bisher unter dem Existenzminimum liegenden Gehälter der Beamten wurden bis zu 100% erhöht (z. B. verdiente vorher ein Volksschullehrer etwa 200 DM). Der Rundfunk wurde entpolitisiert. Der Polizeiterror wurde von einem Tag auf den anderen unmöglich gemacht. Man kann heute, ohne wie früher Gefahr zu laufen, gleich dabei verprügelt zu werden, kommunistische Zeitungen und Bücher auch in der Provinz kaufen und sogar öffentlich lesen. EDA-Demonstrationen wurden weder verboten noch irgendwie gestört. Ein Polizeikommandant, der sich erlaubt hatte, einen als Kommunist bekannten Intellektuellen auf der Polizeiwache zur Rede zu stellen, wurde sofort entlassen. Es wurde ein Programm entworfen, das Gesundheitswesen nach englischem Vorbild zu sozialisieren. Landwirtschaftskredite wurden langfristig gestundet. Ein Industralisierungsprogramm entworfen. Zum erstenmal seit Kriegsende sollen dazu die Geldmittel dem Verteidigungsfonds entzogen werden.

Andreas Athenaikos

*

Zu den Autoren dieser Nummer

Thomas von der Vring ist Assistent am Soziologischen Institut der Technischen Hochschule in Hannover bei Prof. Dr. Peter von Oertzen. Fritz Lamm, Betriebsrat bei der Stuttgarter Zeitung und einst Herausgeber der inzwischen eingestellten sozialistischen Zeitschrift „Die Funken", ist 1963 wegen Unterstützung des SDS aus der SPD ausgeschlossen worden. (Sein „Briefwechsel mit der SPD" ist zum Selbstkostenpreis von DM 1,— noch von der Redaktion der nk zu beziehen.) Helmut Kentler ist Diplompsychologe, Autor des Buches „Jugendarbeit in der Industriewelt" und zur Zeit Mitarbeiter des Studienzentrums für Evangelische Jugendarbeit. Gerhard Leithäuser ist Diplomvolkswirt und Mitarbeiter am Institut von Prof. François Perroux in Paris.

Zeitschriftenhinweise

Im November 1963 fand in Frankfurt am Main die „10. Arbeitstagung und Gesamtaussprache des erweiterten Initiativausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen" statt, in deren Verlauf Professor W. Maihofer ein Referat über „Staatsschutz und Rechtsstaat" hielt, das in den „Veröffentlichungen" des Amnestie-Ausschusses (Heidelberg, Hauptstraße 113) vorliegt. Maihofer, der auch am 21. 1. 64 vor dem SDS und LSD in Frankfurt am Main sprach, spricht sich gegen die „Pönalisierung des politischen Raums" in der BR aus, die durch das geltende politische Strafrecht bewirkt wird. Die Neuformulierung hätte sich an zwei Prinzipien zu orientieren: 1. Politische Justiz ist als ultima ratio der Politik zu verstehen. 2. Das politische Strafrecht hat als magna charta libertatis des Bürgers seine verfassungsgetreue bzw. verfassungskonforme Betätigung zu garantieren und sie vor Willkürschritten des Staates zu schützen. — In der Januar-Nummer I 64 der Mainzer Studentenzeitung „nobis", deren Lektüre zu empfehlen ist, schreibt Dr. Diether Posser über „Justiz im Dienst der Politik". „nobis" bringt in derselben Nummer außerdem Beiträge von Prof. G. Goldschmidt und Prof. Harder. Eckhard Wiemers diskutiert in Heft 12/63 der Zeitschrift „atomzeitalter" die Frage „Publizistischer Landesverrat?".

Am 24. Januar 1964, am Jahrestag der ersten Lesung der Notstandsgesetze im Deutschen Bundestag, brachte das Deutsche Fernsehen (Hessischer Rundfunk) unter Leitung von Prof. Eugen Kogon die Sendung „Sackgasse der Freiheit? Zur Problematik der Notstandsgesetze". Die Sendung enthält interessante Stellungnahmen, u. a. von Richard Jaeger, Adolf Arndt, Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Hermann Höcherl. Die SDS-informationen bringen in Nummer 2 wichtige Zitate aus dieser Sendung. Jürgen Seifert setzte sich in der Frankfurter Rundschau vom 27. Januar 1964 unter dem Titel „Endet unsere Freiheit in der Sackgasse?" kritisch mit Höcherls Argumentation, die „etwas außerhalb der Wahrheit liegt", auseinander. Rechtsanwalt Heinrich Hannover bespricht in Heft 12 der „Blätter für deutsche und internationale Politik" die Schrift „Der permanente Notstand". Ilse Staff, Verfasserin des im Fischer-Verlag erschienenen Buches „Justiz im Dritten Reich", veröffentlichte in den „Blättern für deutsche und internationale Politik", Heft 11 und 12, einen lesenswerten Beitrag über die „Bewältigung der Vergangenheit".

„atomzeitalter" veröffentlicht in Heft 10/63 einen Aufsatz von Bert Seidman über „Technischer Fortschritt und amerikanische Gewerkschaften". In den Heften 11 und 12/63 derselben Zeitschrift steht ein interessanter Beitrag von Solomon Barkin über den „Niedergang der Gewerkschaften". In den „Frankfurter Heften" I/64 erörtert Heinz Langerhans die gegenwärtigen und kommenden Schwierigkeiten Indiens unter dem Titel „Das Jahr Eins des indischen Notstandes". Helmut Kentler gibt in der selben Nummer einen sehr lesenswerten „Trendbericht über Jugendforschung", in dem er Tenbruck und v. Friedeburg zustimmt, daß Jugend und Erwachsenengesellschaft sich nicht streng geschieden gegenüber stehen. Jugendsoziologie sei in Wahrheit Soziologie der Gesamtgesellschaft. Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte" 1/64 bringen zur gegenwärtigen Diskussion um den Investivlohn einige sehr kritische Anmerkungen von Wilfried Höhnen: „Der Investivlohn aus gewerkschaftspolitischer Sicht". In der Dezember-Nummer dieser Zeitschrift sind Fritz Sternbergs „Erinnerungen an Trotzki" abgedruckt. Die „Sozialistische Politik" I/64 bringt einen interessanten Beitrag: „Hätte die SPD den Wahlkampf 1961 gewinnen können?".

Im „Merkur", Nummer 168, Oktober 1963, ist ein Referat von Wolf-Dietrich Rasch „Zum Briefwechsel Brecht—Korsch in der Emigration. Brechts marxistischer Lehrer" erschienen. Seit August 1963 gibt der Verein Internationale Wochenzeitung e. V. in Frankfurt am Main, Ulmenstraße 39, die Zeitschrift „express international" heraus, die Informationen und Aufsätze aus der sozialistischen und links-liberalen Weltpresse in Übersetzungen abdruckt, aber auch eigene Beiträge publiziert. Die Dezember-Nummer, Jahrgang I, Nr. 5, enthält die Übersetzung eines Interviews mit Isaak Deutscher aus den „Etudes". Ebenfalls in Nr. 5 bespricht Helmut Dahmer die Neuauflage des Frühwerks von Karl Kraus „Sittlichkeit und Kriminalität", dessen Aphorismen „wie kritische Kommentare zur deutschen Sexualgesetzgebung" anmuten. Die Januar-Nummer derselben Zeitschrift enthält Helmut Dahmers Besprechung von Edmund Wilsons 1940 erschienenem Buch „To the Finland Station", das unter dem Titel „Der Weg nach Petersburg" im Rütten und Loenig Verlag, Hamburg, erschienen ist: „Geschichtsschreibung und revolutionäre Praxis von Michelet bis Trotzki".

Im „Merkur", Nr. 189, November 1963, bespricht Jürgen Habermas Alexander Mitscherlichs sozialpsychologische Studien „Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft" unter dem Titel „Eine psychoanalytische Konstruktion des Fortschritts": „Die Rede von der vaterlosen Gesellschaft spielt ... ebenso auf den Verlust erster Beziehungspersonen an wie andrerseits auch auf die Notwendigkeit, dem unsichtbar gewordenen Vater im Ernst zu entwachsen und damit eine neue Stufe in der Evolution zum Bewußtsein, in der Emanzipation der ganzen Gesellschaft zu erreichen." Ein Übersichtsreferat von Peter Brückner über A. Mitscherlichs Arbeiten kann man in der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", Heft 4/63, lesen. Im „Archiv für

Rechts- und Sozialphilosophie", XLIX 2—3 1963, geht Kurt Lenk dem Problem von „Dialektik und Ideologie" in der Philosophie Hegels nach.

Zur Filmpolitik und Filmkritik sind einige sehr lesenswerte Abhandlungen erschienen. „Filmkritik" 1/64 publiziert einen Aufsatz von Wilfried Berghahn „Zum Selbstverständnis der ‚Filmkritik'". Im selben Heft schreibt Heinz Ungureit einen Kommentar „Filmpolitik in der BR". „Das Argument" beschäftigt sich in Heft 27 mit „Massenmedien und Manipulation (II)". Auf den darin erschienenen Beitrag von Reinhold E. Thiel „Die geheime Filmzensur" sei besonders hingewiesen. In der „Neuen Rundschau" 4/63 wägt Klaus Wagenbach die FAZ-Broschüre gegen Enzensbergers Scherbengericht über die Frankfurter Allgemeine „Journalismus als Eiertanz" ab: „FAZ contra Enzensberger". Ebenfalls in Nr. 4 derselben Zeitschrift schildert H. W. Richter seine Eindrücke vom europäischen Schriftstellerkongreß in Leningrad: „Der Weg der kleinen Schritte". „Anmerkungen zu bayrischen Schulbüchern" macht die liberale Politikerin Hildegard Hamm-Brücher in Heft 12/63 der „Frankfurter Hefte".

Die Zeitschrift der Humanistischen Union „vorgänge" enthält in Heft 12/63 den Bericht über die Mitgliederversammlung der Humanistischen Union, die nach zwei Jahren Tätigkeit Bilanz zog. Im selben Heft findet sich der Abdruck eines Referats von Kurt Sontheimer „Keine Demokratie ohne Pluralismus", der eine kritische Lektüre verdient. Gerd Hirschauer hat zu Sontheimers Arbeit eine Anmerkung geschrieben.

Im Informationsdienst des Sozialistischen Bundes, Nr. 8, äußert sich Heinz Brakemeier „Zu unserer gegenwärtigen Situation" (des Sozialistischen Bundes). Darin lesen wir: „Wir sollten trotz der gegenwärtigen Lähmung aller größeren linken Aktivität unseren organisatorischen Zusammenhalt aufrechterhalten, neue loyale Mitglieder hinzugewinnen (wenn diese nicht jenem Typus psychologisch schwieriger Menschen angehören, mit denen an solchen politischen Tiefpunkten alle linken Gruppen ihre Schwierigkeiten haben)". Die Gruppe Frankfurt des Sozialistischen Bundes hat Thesen zu „Tendenzen im Ostblock" erarbeitet, auf die wir besonders hinweisen möchten. Diese sind in den „Studien für Zeitfragen" im Dezember 1963 abgedruckt. Der Sozialistische Bund, Frankfurt am Main, Schloßstraße 22, stellt diese Thesen Interessierten gerne zur Verfügung.

In Frankfurt am Main sind die ersten beiden Hefte der von der August-Bebel-Gesellschaft herausgegebenen „Marxistische Blätter, Zeitschrift für wissenschaftlichen Sozialismus" erschienen. Verantwortlich ist Karl-Heinz Schrodt, ein ehemaliger Frankfurter Jung-Sozialist, der 1961 zur DFU übertrat und aus der SPD ausgeschlossen wurde. Die Zeitschrift erinnert in der Aufmachung an die von Victor Agartz herausgegebene „Wiso"; sie wird auch in der Fuldaer Verlagsanstalt gedruckt und bemüht sich um eine Verbindung von Wissenschaftlichkeit und Politik. Leider sind die Autoren nicht nur unbekannt, sondern ihre Namen sind auch derart gewählt, daß man auf Pseudonyme schließen muß. Man spürt der Zeitschrift an, daß ihre Mitarbeiter nicht von den Diskussionen geprägt wurden, die in den vergangenen Jahren im SDS oder im Sozialistischen Bund stattgefunden haben. Aus Heft 2 ist besonders auf einen Beitrag über „Die Pläne zur multilateralen NATO-Atomstreitmacht" und auf einen Bericht über die „Marx-Renaissance in der Bundesrepublik?" hinzuweisen.

„Les Temps modernes" (Directeur: J. P. Satre) bringen im Januar-Heft 1/64 einen größeren Aufsatz von Paul A. Baran „Economie politique et politiques économiques". In der Zeitschrift „International Socialism 15" unterwirft Tony Cliff Isaac Deutschers politische Vorstellungen einer strengen Analyse: „The end of the road. Deutscher's Capitulation to Stalinism". Tony Cliff wirft I. Deutscher „accomodation to state power" vor, die Apologetisierung der Revolution von oben. Ebenfalls in Heft 15 gibt Alasdair MacIntyre eine erste Auseinandersetzung mit der Politik Wilsons unter dem Titel „Labour Policy and Capitalist Planning", die (die Auseinandersetzung) MacIntyre als einen Beitrag zur Erneuerung der sozialistischen Strategie betrachtet. Um deterministische Strategievorstellungen in der sozialistischen Bewegung geht es in den Aufsätzen von A. MacIntyre „Prediction and Politics" in „International Socialism 13" und von Hal Draper „The Inevitability of Socialism" in „International Socialism 15".

„New Possibilities for Peace? End of the cold war" fragen Thomas Hayden und Richard Flacks in „Liberation", November 1963. In „New Left Review", Nr. 21, erörtert Michael Rustin „Relevance of C. W. Mill's Sociology" und Robin Blackburn gibt eine Untersuchung über „Sociology of Cuban Revolution". „The Review", die vom Imre-Nagy-Institute for Political Research herausgegeben wird (Untertitel: A Quarterly of Pluralist Socialism) veröffentlicht in Nr. 3/1963 „Two Interviews" mit Isaak Deutscher und L. Schapiro. „Die Internationale", 8. Jhg., Heft 3—4, Dezember 1963, beschäftigt sich mit „Der Wiedervereinigungskongreß der Vierten Internationale". „Mondo nuovo" vom 19. 1. 1964 enthält eine Dokumentation zur Spaltung der PSI und zur Gründung der PSIUP.

Zum Schluß sei auf eine Zeitschrift hingewiesen, die vermutlich Aufmerksamkeit verdient: die „Revue Internationale du Socialisme", deren erste Nummer in Kürze herauskommt. Sie wird unter den „Auspizien" der sozialistischen Linken von Italien, Frankreich, Großbritannien und Belgien stehen. Sie wird theoretische Artikel und Informationen über die Arbeiterbewegung und kritische Aufsätze über wichtige weltpolitische Ereignisse enthalten. Zum Comité de direction gehören Lelio Basso (Italien), Ken Coates (Großbritannien), Marcel Deneckere (Belgien), Ernest Glinne (Belgien), Gilles Martinet (Frankreich), Jim Mortimer (Großbritannien), Jean-Marie Vincent (Frankreich). Gunther Wegeleben

INTERNATIONAL SOCIALIST JOURNAL
REVUE INTERNATIONALE DU SOCIALISME

Zweimonatsschrift in englischer und französischer Ausgabe.

Herausgegeben von:
Lelio Basso (Italien) – Ken Coates (Gr.-Britannien) Marcel Deneckere (Belgien) – Ernest Glinn (Belgien) Gilles Martinet (Frankreich) – Jim Mortimer (Gr.-Britannien) – Jean-Marie Vincent (Frankreich).

Leitartikel	International Socialist Journal
Ernest Mandel	Die sozialistischen Parteien und der Gemeinsame Markt
Antonio Lettieri	Die Gewerkschaftsbewegung und die wirtschaftliche Einigung Europas
Raymond Williams	Massenkommunikationen und Politik
E. R. Braundi	Neokolonialismus und Klassenkampf
Gegenüberstellung:	Versuche zur Einschränkung des Streikrechts in Belgien, Deutschland, Italien und Frankreich. (M. Deneckere, L. B., J. Seifert, J. M. Vincent)

Der Kongreß der Labour Party in Scarborough (K. Coates) – Der Streik der deutschen Metallarbeiter (G. Jungclas) – Der Klassenkampf in den Niederlanden (Th. Van Tijn) – Die schwarze Revolution in den Vereinigten Staaten (T. Hayden) – Juan Bosch: Autopsie eines Bankrotts (S. de Santis) – Algerien: Eine wichtige Entscheidung (C. Estier) – Die Wahlen in Venezuela (S. de Santis) – Die Niederlage der Baath-Partei (O. Stack) – Der Krieg in Vietnam (E. Colloti-Pischel).

Fordern Sie kostenlose Probeexemplare der Nr. 1 von

INTERNATIONAL SOCIALIST JOURNAL
Mailand, 35 Viale Lunigiana
Abonnementspreis für 1 Jahr (6 Ausg.) DM 12,- (3 $)

ZUR KRITIK DER NOTSTANDSGESETZGEBUNG

Neue Stellungnahmen,
Überblick und Vergleiche
von Jürgen Seifert und Bernd Hartmann
Frankfurt am Main 1964

Zur Kritik der Notstandsgesetzgebung bedarf es mehr als bei den großen politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre der Information und des Sachwissens. Zudem besteht die Gefahr, daß sich die Kritik mit der Zeit beruhigt und sich mit den Plänen der Bundesregierung abfindet.

Diese neue Dokumentation zur Notstandsgesetzgebung soll den gegenwärtigen Stand der Diskussion darstellen und über die heute bereits mehr als 120 Titel umfassenden Stellungnahmen und Beiträge zum Thema Notstandsgesetzgebung informieren. Sie setzt sich zugleich das Ziel, durch Information die entscheidenden Fronten in der Auseinandersetzung mit den Notstandsgesetzen deutlich werden zu lassen.

Inhalt:

I Neue Stellungnahmen zum verfassungsändernden Notstandsgesetz

II Notstandsrecht und internationale Verpflichtungen

III Staatsnotstand und Notstandsrecht in den NATO-Mitgliedsstaaten

IV Literatur zur Notstandsgesetzgebung

Sie erhalten diese Dokumentation für DM 1,50 auf Bestellung (bei Sammelbestellungen ab 100 Exemplaren je Heft DM 1,–) bei

JÜRGEN SEIFERT
6000 FRANKFURT/M.-W 13, GRÄFSTRASSE 39

Werkausgabe — für 5 Mark

Marcel Proust · Auf der Suche nach der verlorenen Zeit. Werkausgabe in 13 Bänden. Je Band 5 Mark.

Die Ausgabe wird innerhalb eines Jahres geschlossen vorliegen. Die Bände 1 und 2 (In Swanns Welt) erscheinen im Dezember 1963, die Bände 3 und 4 (Im Schatten junger Mädchenblüte) im März 1964. Die Bände 5—13 folgen in Abständen von 2 Monaten.

„Immer wenn ich meinem Gesprächspartner gewissermaßen als Proust-Leser gegenübersitze, habe ich das Gefühl einer Unlauterkeit. Ich durchschaue ihn leichter, ich weiß mehr von ihm als er von mir. Wenn Proust ein Industrieartikel wäre, würde ich zu dem Slogan raten: Proust-Leser sind im Vorteil."

Martin Walser

edition suhrkamp — für 3 Mark

Januar

49 Bertolt Brecht · Mutter Courage und ihre Kinder
50 Materialien zu „Mutter Courage"
51 Nelly Sachs · Leiden Israels: Eli / In den Wohnungen des Todes / Sternverdunkelung
52 Hermann Hesse · Geheimnisse. Letzte Erzählungen

Februar

53 Peter Weiß · Der Schatten des Körpers des Kutschers
54 Theodor W. Adorno · Moments musicaux im Dialog
55 Martin Walser · Überlebensgroß Herr Krott
56 Konrad Wünsche · Der Unbelehrbare und andere Stücke

März

57 Franz Tumler · Nachprüfung eines Abschieds
58 Ernst Bloch · Tübinger Einleitung in die Philosophie II suhrkamp texte
59 Uwe Johnson · Berliner Stadtbahn und andere Prosa
60 Günter Eich · Die Mädchen aus Viterbo

Die „edition suhrkamp" ist nur durch den Buchhandel zu beziehen. Prospekte beim Suhrkamp Verlag, 6 Frankfurt, Postfach 2446.

Club Voltaire

Jahrbuch für kritische Aufklärung I

Herausgegeben von Gerhard Szczesny

420 Seiten, Leinen DM 19,80

Ein Panorama zeitgenössischen Denkens mit Beiträgen von Fritz Bauer, Max Bense, H. M. Enzensberger, Werner Haftmann, Julian Huxley, Erich Kästner, Hermann Kesten, René König, Ludwig Marcuse, Alexander Mitscherlich, Ernst Topitsch, Martin Walser u. a.

THEODOR GEIGER

Demokratie ohne Dogma

Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit

376 Seiten, Leinen DM 19,80

„Was Geiger zu sagen hat, widerspricht in denkbar schroffer Weise gewissen Überzeugungen, die im Milieu der zweiten Nachkriegszeit als unantastbar galten."

Ernst Topitsch in der „Zeit"

GUSTAV WYNEKEN

Abschied vom Christentum

260 Seiten, Leinen DM 16,80

Der große deutsche Pädagoge Gustav Wyneken macht deutlich, daß die Schriften des Neuen Testaments weder göttliche noch historische Dokumente sind. Seit David Friedrich Strauß ist dies die erste deutschsprachige Geschichte der Entstehung des Christentums, die nicht pro domo geschrieben wurde.

SZCZESNY VERLAG · MÜNCHEN 9